

Wie kommt die Rahmenordnung zu ihrer Moral?

Hermann Sautter

Schriftliche Fassung eines Referats für die Tagung des Ausschusses

„Wirtschaftswissenschaften und Ethik“

21.-23. Februar 2019 in Ingolstadt

„Der systematische Ort der Moral in einer Marktwirtschaft ist die Rahmenordnung“. So lautet ein zentraler Satz des wirtschaftsethischen Ansatzes von Karl Homann.¹ Es ist deshalb naheliegend, nach der Moral der Rahmenordnung zu fragen. Doch ist es überhaupt sinnvoll, von ihr eine bestimmte „Moral“, genauer gesagt eine explizite normative Ausrichtung zu erwarten? Ist die Rahmenordnung aller gesellschaftlichen Interaktionen nicht so etwas wie eine „Straßenverkehrsordnung“, deren alleiniger Zweck darin besteht, den Individuen die möglichst konfliktfreie Erreichung ihrer individuellen Ziele zu ermöglichen?² So wie die Straßenverkehrsordnung Niemandem vorschreibt, wohin er fahren soll, sondern lediglich die Beachtung formaler Regeln im individuellen Fahrverhalten verlangt, so hat nach dieser Metapher eine „Rahmenordnung“ die alleinige Aufgabe, den Gesellschaftsmitgliedern die bestmögliche Verfolgung ihrer individuellen Interessen zu ermöglichen, die höchst unterschiedlich sein können, und die keinem gemeinsamen moralischen Kodex verpflichtet sind. Hält man diesen Vergleich aus gutem Grund für abwegig³ und die Frage nach der „Moral“ der Rahmenordnung für berechtigt, dann ist zu klären, worin eine ethisch vorzugswürdige Rahmenordnung besteht, die durch ihre Anreize und Sanktionen moralisch erwünschte Handlungsergebnisse fördert, und wie diese Ordnung entsteht. Worin also besteht die „Moral“ einer Rahmenordnung und wie kommt sie zustande?

Man kann den Begriff „**Rahmenordnung**“ unterschiedlich definieren. Aus einer ökonomischen Perspektive ist damit in erster Linie die rechtliche Gestaltung des privatwirtschaftlichen Wettbewerbs gemeint. Doch die Wettbewerbsordnung ist in vielfacher Weise mit den Ordnungsregeln anderer Gesellschaftsbereiche verflochten: den Regeln für die Vermeidung bzw. Austragung sozialer Konflikte, für die Steuerung technischer Entwicklungen, für die Festlegung und Durchsetzung politischer Prioritäten des staatlichen Gemeinwesens usw. Der Versuch muss scheitern, das Zustandekommen einer moralisch gehaltvollen Rahmenordnung in diesem weiten Sinne auf der Grundlage eines interaktionsökonomischen Paradigmas zu rekonstruieren; es sei denn, man macht, um

¹ Homann/Blome-Drees, 1992, S. 35. In Homann 1997/2002, S. 7, wird präzisiert: „Der systematische – nicht einzige – Ort der Moral in der modernen Marktwirtschaft ist die Rahmenordnung.“ Wie aus Homann (2014) zu entnehmen ist, soll diese Ortsbestimmung der Moral nicht nur für die moderne Marktwirtschaft, sondern für das moralische Handeln „in der Moderne“ schlechthin gelten. Es wird, folgt man der Argumentation in Homann (2014), in erster Linie durch das im Institutionengeflecht einer Gesellschaft definierte „Können“ bestimmt.

² Der Vergleich mit der Straßenverkehrsordnung findet sich bei Homann/Blome-Drees, 1992, S. 24.

³ Der Straßenverkehr verläuft nicht auf einer Vielzahl exklusiv genutzter Privatstraßen, sondern typischerweise auf öffentlichen, gemeinsam genutzten Straßen, deren Errichtung einen Konsens über die Abgrenzung privater und öffentlicher Güter und über die politische Rangordnung öffentlicher Güter voraussetzt. Das alles muss in einer „Rahmenordnung“ geregelt sein, die sich nicht darauf beschränken kann, jedem Individuum die Erreichung seiner eigenen Ziele zu ermöglichen. Der Vergleich mit einer „Straßenverkehrsordnung“ illustriert allerdings den Kerngedanken einer mit hohem argumentativem Aufwand entwickelten Ordnungstheorie, auf die zurückzukommen ist (Abschnitt 2).

dieses Scheitern zu vermeiden, mehr oder weniger uneingestandene Anleihen bei normativen Vorgaben, die dieses Paradigma transzendieren.

Die weiteren Überlegungen sind wie folgt gegliedert. Der **erste** Abschnitt ist der kritischen Auseinandersetzung mit der These gewidmet, eine ethisch vorzugswürdige Rahmenordnung sei nicht das Ergebnis eines intentionalen, moralisch verantwortlichen Handelns, sondern das *nicht-intendierte* Ergebnis eines Handelns, das ganz anderen Intentionen, als die einer moralisch verantwortbaren Regelsetzung, folgt. Im **zweiten** Abschnitt werden die Versuche diskutiert, das Zustandekommen einer ethisch gehaltvollen Rahmenordnung aus dem Vorteilskalkül individueller Akteure zu rekonstruieren. „Ordnung“ ist so gesehen nichts weiter als eine Kooperationsvereinbarung zur besseren Verfolgung individueller Interessen. Der Defizite dieses Ansatzes führen im **dritten** Abschnitt zur Entfaltung der bereits in Abschnitt 1 erwähnten These: Eine ethisch vorzugswürdige Rahmenordnung ist das Ergebnis des verantwortlichen Handelns regelsetzender Akteure. Der **vierte** Abschnitt enthält ein Fazit.

1. Die Moral der Rahmenordnung und die Intentionen regelsetzender Akteure.

In seinen „*Grundsätzen der Wirtschaftspolitik*“ befasst sich **Walter Eucken** u. a. mit der „*Koordination von Einzelinteresse und Gesamtinteresse als einer ordnungspolitischen Aufgabe*“.⁴ Vergleichsweise günstige Voraussetzungen dafür sieht er in einer „*Wettbewerbsordnung*“. Deren Errichtung werde erleichtert, wenn „*es Menschen gibt, welche an das Gesamtinteresse denken, also auch an die Herstellung einer zureichenden Ordnung*“.⁵ Wo dagegen „*niemand das Gesamtinteresse sucht*“, werde es „*sehr schwer sein, eine brauchbare Ordnung entstehen zu lassen*“.⁶ Das sei dort der Fall, wo „*alle Menschen nur aus Impulsen der Selbstsucht und des Eigennutzes*“ handeln.⁷

Das Zustandekommen einer ethisch vorzugswürdigen Ordnung, mit der die divergierenden Einzelinteressen der Individuen zu einem Gesamtinteresse gebündelt werden können, ist also nach Eucken davon abhängig, dass genügend viele Menschen auch das Gesamtinteresse im Blick haben. Eucken benennt damit einen empirisch bestens gesicherten Sachverhalt. So wird beispielsweise eine Wettbewerbsordnung, die wirksam gegen wettbewerbsfeindliche Intentionen der Wettbewerber abgesichert ist, nur zustande kommen und bestehen können, wenn die Wettbewerber das Gesamtinteresse an einem funktionsfähigen marktwirtschaftlichen System höher bewerten, als ihre unmittelbaren Eigeninteressen, und deshalb keine Preisabsprachen treffen, keine „Frühstückskartelle“ bilden oder andere Formen privater Wettbewerbsbeschränkungen initiieren. Inwiefern dieses Gesamtinteresse Vorrang hat vor einem akteursspezifischen Eigeninteresse, ist nicht zuletzt von der handlungsleitenden **Kraft moralischer Einsichten** abhängig, die in unternehmensethischen Selbstverpflichtungen und einer darauf bezogenen Unternehmenskultur verankert sein können. Diese moralischen Intentionen sind nicht nur dafür maßgebend, ob es überhaupt

⁴ Eucken, 1952, S. 366 ff.

⁵ A. a. O., S. 368.

⁶ A. a. O., S. 367.

⁷ A. a. O., S. 366.

zur Etablierung einer formalen Wettbewerbsordnung kommt. Noch viel mehr entscheiden sie über die praktische Anwendung formaler Regeln.

Das „**Gesamtinteresse**“ einer Gesellschaft bezieht sich nicht nur auf die effiziente Allokation privater Güter; auch Eucken hat es nicht darauf beschränkt. Es erstreckt sich beispielsweise auch auf die effiziente Nutzung bzw. Bereitstellung öffentlicher Güter und auf eine „gerechte“ Verteilung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses. Von einer „Rahmenordnung“ in diesem weiteren Sinne kann u. a. erwartet werden, dass sie institutionelle Vorkehrungen für einen effizienten Umweltschutz und für eine konfliktmindernde Sozialpolitik enthält. Auch diese Institutionen (Regelsysteme) werden nur dann zustande kommen, wenn es dafür bei den regelsetzenden Akteuren eine Präferenz gibt, wenn also Nachhaltigkeitskriterien und Gerechtigkeitsaspekte bei den Intentionen dieser Akteure eine Rolle spielen. Es ist beispielsweise schwer vorstellbar, dass Regelungen zur Begrenzung einer Schadstoffemission erlassen werden, wenn dies von keiner politischen Partei oder zivilgesellschaftlichen Organisationen gewollt wird.

Letztlich sind es demnach – so die hier vertretene These – die **moralischen Intentionen** regelsetzender Akteure, die für die ethische Qualität einer Rahmenordnung maßgebend sind. Werden – um eine Formulierung von Eucken aufzunehmen – die relevanten Akteure ausschließlich von „*Selbstsucht und Eigennutz*“ getrieben, dann wird man kaum mit einer ethisch legitimen Rahmenordnung rechnen können. Drastisch formuliert: Ein „*Volk von Teufeln*“ wird sich realistischlicherweise kaum eine Ordnung geben, die ethisch vorzugswürdig wäre⁸ – aber damit wird ein Gedanke ausgedrückt, der in den folgenden Überlegungen auf vielfache Weise zu variieren sein wird.

Die durch Eucken angeregte These, dass die moralische Qualität einer Rahmenordnung die moralischen Intentionen der am Ordnungsprozess beteiligten Akteure widerspiegelt, stößt auf **massive Kritik**. Homann formuliert diese Kritik auf der Basis einer „*paradigmatischen Neuausrichtung der Ethik*“, der ein ökonomischer Erklärungsansatz zugrunde liegt.⁹ Der Grundgedanke dieses „neuen Paradigmas“ lautet: Ethisch vorzugswürdige Handlungsergebnisse sind nicht – oder am wenigsten – von den moralischen Intentionen der Handlungssubjekte zu erwarten, sondern viel eher von den strukturellen Bedingungen individuellen Handelns. Nicht auf die subjektiven Handlungsmotive käme es deshalb an, sondern auf die objektiven Handlungsbedingungen. Dazu gehöre vor allem die

⁸ Kant ist zwar nach einer berühmten Formulierung in seiner Schrift „*Zum ewigen Frieden*“ der Meinung, dass auch in einem „*Volk von Teufeln*“ ein erträgliches Zusammenleben möglich sein muss, wenn die Teufel „*nur Verstand haben*“. Ihr „Verstand“ wird sie in die Lage versetzen, eine „*gute Organisation des Staates*“ zu finden, die in der Lage ist, die „*Kräfte, die sich gegeneinander richten*“, in „*ihrer zerstörerischen Wirkung aufzuheben*“ (Kant, 1798/1963, S. 223 f.). Der Zusammenhang, in dem diese Äußerung steht, ist folgender. Kant schreibt, dass die „*republikanische Verfassung die einzige*“ sei, „*welche dem Recht der Menschen vollkommen angemessen ist*“. Sie sei aber auch am „*schwersten zu stiften und vielmehr noch zu erhalten*“, so dass viele behaupteten, sie sei nur in „*einem Volk von Engeln*“ möglich (S. 223). Dem wird der Satz entgegengesetzt, dass „*so hart wie es auch klingt, selbst für ein Volk von Teufeln (wenn sie nur Verstand haben)...das Problem der Staatserrichtungauflösbar ist*“. Mit der Formulierung „*ein Volk von Teufeln*“ will Kant also lediglich den Einwand entkräften, man benötige ein „*Volk von Engeln*“, um eine „*dem Recht der Menschen vollkommen angemessene Verfassung*“ zu errichten. Darin die Behauptung sehen zu wollen, auf die Moralität regelsetzender Akteure käme es überhaupt nicht an, ginge völlig an der Absicht Kants vorbei. Im Übrigen vertraut Kant an dieser Stelle der „*großen Künstlerin Natur*“ (S. 217). Sie „*will unwiderstehlich, dass das Recht zuletzt die Obergewalt erhalte*“ (S. 225). Kurz: Man hätte Kant völlig missverstanden, wenn man ihn zum Kronzeugen eines moralischen Agnostizismus bei der Errichtung einer staatlichen Ordnung machen wollte.

⁹ Homann, 2014, S. 167 ff.

Rahmenordnung. Sie könne für ein ethisch akzeptables Ergebnis sorgen, auch wenn die Handlungsmotive der beteiligten Akteure moralisch verwerflich seien. Moralisch vorzugswürdige Zustände seien demnach das *nicht-intendierte Ergebnis intentionalen Handelns*.

Homann geht in diesem Zusammenhang auch auf die Frage ein, wie eine Rahmenordnung entsteht. Sehr entschieden wendet er sich gegen die Vermutung, dass dabei moralische Intentionen eine Rolle spielen könnten: „Man könnte .. meinen, (die) Rahmenordnung .. werde intentional hervorgebracht.“ Damit würde man aber „das intentionale Handlungsmodell durch die Hintertür wieder einführen und den Erkenntnisgewinn des ökonomischen Erklärungsansatzes wieder verspielen“. Fruchtbarer sei es, wenn man „eine moralischen Ergebnissen förderliche Rahmenordnung wiederum als nicht-intendiertes Resultat von intentionalen ... Handlungen“ erklären würde. Als Beispiele für solche intentionalen Handlungen werden die „auf Machterhalt und Wiederwahl gerichteten Handlungen der Politiker“ genannt.¹⁰

Es steht außer Frage, dass das Machtkalkül von Politikern bei der Etablierung einer Rahmenordnung eine wichtige Rolle spielt. Dass Politiker dabei auch von moralischen Intentionen geleitet sein könnten, schließt Homann aus. Dies wird nicht mit empirischen Beobachtungen begründet, die durchaus Zweifel an derartigen Intentionen aufkommen lassen können. Es ist vielmehr ein theoretisches Interesse, das Homann so argumentieren lässt. Die von ihm propagierte „Neuausrichtung der Ethik“ soll nicht durch Argumente „verwässert“ werden, die mit dieser „**Neuausrichtung**“ nicht kompatibel erscheinen. Ob die faktisch aus dem Machtstreben der Politiker und aus dem Interessenkalkül der gesellschaftlichen Akteure hervorgehende Rahmenordnung in einem ethisch gehaltvollen Sinne „legitim“ ist, bleibt bei dieser Argumentation völlig offen. Es ist keine Frage, auf die diese machtpolitische, dem „*rational choice*“-Paradigma verpflichtete Rekonstruktion von „Ordnung“ eine Antwort geben will. Verbindet man die Aussage, der „*systematische Ort der Moral*“ sei die „Rahmenordnung“ mit der Behauptung, die Rahmenordnung sei das Ergebnis der moralfreien, „auf Machterhalt und Wiederwahl gerichteten Handlungen der Politiker“, dann stellt man fest, dass in dieser „*paradigmatischen Neuausrichtung der Ethik*“ jedes **normative Element eliminiert** worden ist (und wenn die Reflexion von Normativität ein Kennzeichen jeder Ethik ist, dann hat diese „Neuausrichtung“ den Bereich der Ethik verlassen).

Der Gedanke, dass Ordnungsregeln das „*nicht-intendierte Resultat intentionalen Handelns*“ sind, hat eine lange **Tradition**. Sie geht zurück auf eine Schule von Aufklärungsphilosophen, die im 18. Jahrhundert in Schottland wirksam waren; die Literatur nennt sie die „**Schottischen Moralisten**“.¹¹ Adam Smith (1723-1790) und David Hume (1711-1776) waren ihre wichtigsten Vertreter. Daneben sind Francis Hutcheson (1694-1746), Thomas Reid (1710-1756), Adam Ferguson (1723-1816) und Dugald Stewart (1753-1828) zu nennen. Ihre gemeinsame Überzeugung war, dass die wichtigste Triebkraft menschlichen Handelns in der „Selbstliebe“ zu sehen sei. Sie gleiche einem Instinkt, der jedem Lebewesen eigen ist, „damit es sich bemühen möge, nicht nur seine Existenz, sondern alle die verschiedenen Teile seines

¹⁰ Alle Zitate in diesem Abschnitt aus Homann, 2014, S. 176 Fn. 330. Wer bei der Erklärung von Ordnungsregeln bzw. deren Defizite moralisch relevante Intentionen ins Spiel bringt (wie der Verfasser in Sautter 2015a), der unterliegt nach Pies (2015) einem „*intentionalistischen Fehlschluss*“, denn er übersehe, dass Ordnungsregeln das „*nicht-intendierte Ergebnis intentionalen Handelns*“ seien (zur Replik des Verfassers siehe: Sautter, 2015b).

¹¹ Schneider, 1967.

Wesen in dem besten und vollkommensten Zustande zu erhalten, dessen es fähig (ist)“, wie es Adam Smith in seiner „*Theorie der ethischen Gefühle*“ formuliert.¹² Diese dem Menschen durch die Natur eingepflanzte „Selbstliebe“ ist kultivierbar, aber das ändert nichts daran, dass sie wesensgemäß auf die Verfolgung individueller („kleiner“) Ziele beschränkt ist. Mit der Verwirklichung kollektiver („großer“) Ziele wäre sie überfordert.

Gleichwohl führt das durch die „Selbstliebe“ diktierte Handeln auf eine von den Einzelnen unbeabsichtigte Weise auch zu gesellschaftlich wünschenswerten Ergebnissen, eben zur Erreichung der „**großen Ziele**“. Dazu gehört auch die Etablierung einer **Ordnung**, die es jedem Einzelnen erlaubt, seine eigenen „kleinen“ Ziele wirksamer zu verfolgen, als es ohne eine solche Ordnung der Fall wäre.

Um diese spontane, von den Einzelnen ungeplante Errichtung einer Ordnung zu erklären, greifen die „Schottischen Moralisten“ auf zahlreiche **Metaphern** zurück. Eine davon ist der Bau von Bienenwaben. Die Biene handelt instinktgemäß, wenn sie ihre Waben baut. Sie kennt die Gesetze der Geometrie nicht, und trotzdem bringt sie Gebilde zustande, die exakt diesen Gesetzen entsprechen. Das geometrische Wissen ist nicht im Besitz der Biene, sagt Thomas Reid, sondern im Besitz „*of that great geometrician who made the bee*“.¹³

Hinter dieser Formulierung steht das Weltbild des **Deismus**. Die Religiosität des Mittelalters wollten die Aufklärungsphilosophen des 18. Jhdts. hinter sich lassen, aber sie hielten fest an der Vorstellung, es gebe eine unpersönliche, übernatürliche Macht, die das Weltgeschehen auf ein gutes Ziel hinlenkt, und die auch moralisch verwerfliche Handlungen in ein moralisch akzeptables Ergebnis überführt. Für diese harmonisierende Instanz hatten die „Schottischen Moralisten“ verschiedene Namen: Vom „*author of our being*“ sprach Thomas Reid, einen „*great Director of nature*“ oder einfach die „*nature*“ erwähnt Adam Smith, und auch seine „**invisible hand**“ ist nichts anderes als eine Chiffre für die Ordnungsmacht im teleologischen Weltbild des Deismus.¹⁴

Der noch an eine religiöse Wurzel erinnernde Aufklärungsglaube an den „großen Direktor der Natur“ verblasste in der Folgezeit. An seine Stelle trat das Vertrauen in die Natur selbst. Was blieb, war die teleologische Grundüberzeugung, dass naturgemäße, sich selbst überlassene soziale Prozesse, letztlich ein „gutes“ Ergebnis entstehen lassen, ohne dass sie intentional daraufhin gesteuert werden müssen. Besonders prägnant findet sich diese

¹² Smith, A., 1790/2010, S. 447. Smith beruft sich an dieser Stelle auf die Philosophie der Stoiker, die gezeigt hätten, dass „*jedes Lebewesen von der Natur seiner eigenen Obsorge anvertraut und mit dem Prinzip der Selbstliebe ausgestattet worden (sei)*“.

¹³ Reid, Thomas: *Essays on the Active Powers of Man*, in: Hamilton W. (Ed.): *Works*, Edinburgh, 1863, zitiert nach dem „Reprint“ in: Schneider, 1967, S. 99-105, S. 103.

¹⁴ Streissler (2005, S. 15) hält es für einen „*wissenschaftlichen Skandal, dass im vermeintlichen Bewusstsein größerer Einsicht und mit dem Brustton tiefster Überzeugung ... immer wieder repetiert wird: ‚Adam Smiths Unsichtbare Hand ist der Konkurrenzmechanismus!‘ Diese Behauptung entbehrt jeglicher Grundlage*“. In Smith's „*Theorie der ethischen Gefühle*“ (erstmalig 1759 erschienen) ist die Chiffrierung der teleologischen Ordnungsmacht noch nicht so weit fortgeschritten wie in Smith's „*Wohlstand der Nationen*“ aus dem Jahr 1776. In seiner „*Theorie der ethischen Gefühle*“ (1790/2010 S. 449) lesen wir: „*Da alle Ereignisse in dieser Welt durch die Vorsehung eines weisen, mächtigen und guten Gottes gelenkt werden, können wir versichert sein, dass alles, was geschieht, darauf abzielt, das Wohlergehen und die Vervollkommenung des Ganzen zu befördern*.“ Aus ethischer Perspektive ist es ein fundamentaler Unterschied, ob die „*Vervollkommenung des Ganzen*“ von einer personalen Instanz erwartet wird („Gott“ im christlichen Sinne), oder von einer unpersönlichen „unsichtbaren Hand“. Gegenüber „Gott“ kann es eine persönliche Verantwortung geben, gegenüber einer „unsichtbaren Hand“ nicht. Mit anderen Worten: Die Teleologie der „unsichtbaren Hand“ eliminiert enthält keine moralische Verantwortung für das individuelle Handeln.

Überzeugung bei **Friedrich A. von Hayek**. Soziale Ordnungen sind nach Hayek „*die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs*“, wie es im Titel einer seiner Schriften heißt.¹⁵ Er beruft sich dabei ausdrücklich auf die englischen Moralphilosophen des achtzehnten Jahrhunderts, deren Sozialtheorie „*die ungeplanten Ergebnisse individueller Handlungen zu ihrem zentralen Objekt machte und im besonderen eine umfassende Theorie der spontanen Ordnung des Marktes lieferte*“.¹⁶

Hayek sieht zwar durchaus die Notwendigkeit einer bewussten politischen Gestaltung wirtschaftlichen Interaktionen, aber er ist skeptisch gegenüber der Idee, die „Rahmenordnung“ für diese Interaktionen auf eine planvolle Weise konzipieren zu können.¹⁷ Er vertraut viel eher auf spontane Prozesse, wie sie sich auch in der Natur im Rahmen evolutorischer Prozesse abspielen. So wie sich in einem **darwinistischen Ausleseprozess** der natürlichen Arten die leistungsfähigsten unter ihnen durchsetzen, so setzen sich nach Hayeks Verständnis bestimmte Regeln durch, „*weil die Gruppen, die danach verfahren, erfolgreicher waren und andere verdrängten*“.¹⁸ Eine solche Regelselektion vollzieht sich nach Hayek durch „*Nachahmung der erfolgreichen Institutionen und Bräuche*“¹⁹, wodurch es einer Gruppe möglich wird, „*über andere Gruppen mit einer weniger wirksamen Ordnung zu dominieren*“.²⁰

„Erfolg“ im Überlebenskampf, „Durchsetzungsfähigkeit“ bei der Rivalität in der Ressourcennutzung, „Dominanz“ über andere Gruppen: Dies leistet möglicherweise eine Rahmenordnung, die auf evolutorische Weise zustande kommt, und deshalb als „nicht-intendiertes Ergebnis intentionalen Handelns“ verstanden werden kann. Inwiefern eine solche Ordnung **moralischen Kriterien** entspricht, bleibt **völlig offen** – es sei denn, man sieht im wirtschaftlichen Erfolg, in der sozialen Durchsetzungsfähigkeit und in der Dominanz über andere Gruppen eine hinreichende Bestimmung des ethisch Legitimen (womit man sich aus jedem ernsthaften ethischen Diskurs verabschieden würde).²¹

Was ist also von dem oben erwähnten **Einwand** zu halten, eine moralischen Ergebnissen förderliche Rahmenordnung dürfe man – um den Preis des Rückfalls in ein intentionales Handlungsmodell – nicht mit den moralischen Intentionen der regelsetzenden Akteure

¹⁵ Hayek, 1969, S. 19-29.

¹⁶ A. a. O., S. 22.

¹⁷ Bei Hayek gibt es eine Spannung zwischen einem „agnostischen Evolutionismus“, der keinen Raum lässt für planvolles menschliches Handeln, und einem „rationalen Liberalismus“, der genau dieses Handeln voraussetzt. Vanberg (2014) versucht, beide Ansätze miteinander zu verbinden.

¹⁸ Hayek, 1980, S. 35. Hayek macht deutlich, dass die Theorie Darwins vorbereitet worden ist durch das teleologische Weltbild der englischen Sozialphilosophen des 18. Jhdts., und dass nicht umgekehrt die Selektion von Institutionen eine nachträgliche Übertragung der darwinistischen Erkenntnisse auf soziale Sachverhalte darstellt.

¹⁹ Hayek, 1983, S. 74.

²⁰ Hayek, 1980, S. 138. Zum darwinistischen Charakter der Ordnungstheorie Hayeks siehe Schwartz (2006, S. 6): „*Hayek's social philosophy is decidedly evolutionist and Darwinian*“.

²¹ Es ist nicht einmal gesagt, dass eine evolutorisch zustande gekommene Rahmenordnung „effizient“ ist, also den wirtschaftlichen Erfolg fördert. Buchanan (1984, S. 237) meint, eine solche Ordnung könne ebenso gut „*gesellschaftliche Dilemmata... wie ein gesellschaftliches Paradies zutage fördern*“. Er schreibt, dass er „*kein Vertrauen (habe) in die Wirksamkeit evolutionärer gesellschaftlicher Prozesse. Die Institutionen, die überleben und gedeihen, müssen nicht immer auch diejenigen sein, welche die menschlichen Möglichkeiten verbessern*“. Ohne Hayek beim Namen zu nennen, kritisieren Brennan/Buchanan (1993, S. 196 f., Fn. 11) dessen Vorstellung von einer evolutorisch entstehenden Ordnung: „*In unseren Augen haben jene zeitgenössischen Ökonomen, die – indirekt – argumentieren, dass grundlegende institutionelle Veränderungen irgendwie spontan in Richtung ordnungspolitischer Effizienz laufen, großen Schaden angerichtet und tun dies immer noch*“.

erklären, sondern müsse man als das nicht-intendierte Ergebnis der auf „*Machterhalt und Wiederwahl gerichteten Handlungen der Politiker*“²² verstehen? Es ist ein völlig **unbegründeter** Einwand, wenn man die Prämissen eines teleologischen Geschichtsprozesses nicht teilt, und er liegt auf der Ebene eines „naturalistischen Fehlschlusses“, wenn er das ethisch Legitime mit dem Resultat sozial-evolutorischer Prozesse gleichsetzt. Empirisch belegen lässt sich dieser Einwand ohnehin nicht. Er dient lediglich der Absicherung eines moralökonomischen Ansatzes, der systematisch institutionenethische Aspekte *über-* und intentionale Aspekte *unterbewertet*.

Es gibt also keinen vernünftigen Grund, die oben genannte These zu verwerfen, die Moral einer Rahmenordnung sei mit den moralischen Intentionen der beteiligten Akteure zu erklären. Wie „moralisch“ müssen nun die Intentionen der regelschaffenden Akteure sein, wenn ein ethisch vorzugwürdiges Regelsystem entstehen soll? Ein breiter Strom ethischer Reflexion, der für das ökonomische Denken besonders attraktiv ist, besagt, dass es für dieses Ergebnis genügt, wenn die relevanten Handlungssubjekte auf rationale Weise ihre Eigeninteressen verfolgen.

2. Die Rekonstruktion einer Rahmenordnung aus dem Interessenkalkül regelschaffender Akteure.

Interessenbasierte Ethiken sind die prägnanteste Ausformulierung des **metaethischen Subjektivismus**. „Wertvoll“ kann demnach nur etwas sein, weil wir es als solches schätzen; es gibt nichts, was wir schätzen, weil es wertvoll „ist“ (wie beispielsweise „Freiheit“). Die Gegenposition zu diesem Subjektivismus, nämlich die eines metaethischen Objektivismus oder Realismus,²³ wird weithin als eine metaphysische Zumutung abgelehnt, die „die Moderne“ längst hinter sich gelassen habe.

Am exklusiven Geltungsanspruch des ethischen Subjektivismus rütteln zu wollen, ist gegenwärtig ziemlich aussichtslos. Eine kritische Anmerkung kann trotzdem nicht schaden. **Friedrich Nietzsche** lässt in seiner „*Fröhlichen Wissenschaft*“ den „*Tollen Menschen*“ die Errungenschaften einer radikal entgötterten Welt anpreisen. „*Wer gab uns den Schwamm, um den ganzen Horizont wegzuwischen?*“ fragt der „*Tolle Mensch*“, und er bestätigt sich und seinen Zuhörern: „*Wir taten es*“.²⁴ Der „*ganze Horizont ist weggewischt*“: Das lässt sich auch als Metapher für den Abschied von jeder Metaphysik und von jedem ethischen Objektivismus verstehen. Nimmt man Nietzsches Bildersprache zu Hilfe, dann kann man den Überlegenheitsanspruch des ethischen Subjektivismus auch so formulieren: „*Seit wir keinen Horizont mehr sehen, fällt uns die Orientierung viel leichter*“.

Woran sich das ethisch Gebotene nach der vorherrschenden metaethischen Position des Subjektivismus zu orientieren hat, das sind die eigenen **Interessen** der Handlungssubjekte. Es liegt nahe, angesichts dieser zentralen Bedeutung des Interessenbegriffs ihn auch aus den Perspektiven der Motivationsforschung und der Neurowissenschaften zu reflektieren. Dies

²² Homann, 2014, S. 176 Fn 330 (siehe oben Fn. 10).

²³ Zur Kennzeichnung siehe: Quante, 2008, Kapitel V und VI.

²⁴ Nietzsche, 1882/1955, S. 127.

entspricht der Sympathie für den „Naturalismus“, die auch in den ethischen Diskurs Eingang gefunden hat.²⁵

„Interesse“ ist aus der Sicht der **Motivationsforschung** eine „*besondere Motivationsform, die durch Ausrichtung auf einen bestimmten Gegenstand charakterisiert ist (Interesse an XY)*“.²⁶ „Gegenstände“ in diesem Sinne sind situative Faktoren, die einen „Aufforderungscharakter“ („Anreiz“) enthalten. Ob eine Person einen solchen Anreiz überhaupt wahrnimmt, welchen Handlungsimpuls er auslöst, und inwieweit sie ihm dadurch entspricht, das hängt von zahlreichen personenbezogenen Faktoren ab. Individuelle Verhaltensdispositionen gehören dazu, Gewohnheiten, „*in der frühen Kindheit erlernte emotionale Präferenzen*“, bewusste Selbstbilder, Werte und Ziele usw., die sich eine Person selbst zuschreibt.²⁷ Eine Handlungsmotivation entsteht immer aus dem Zusammenwirken dieser situations- und personenbezogenen Faktoren.²⁸ Ein „*Interesse an...*“ wird also nur ausgelöst, wenn der situationsbedingte Handlungsimpuls auf eine dafür ansprechbare Disposition trifft, und zu dieser Disposition gehören auch die internalisierten, durch Lernprozesse und Erfahrungen angeeigneten Werte. Von bestimmten Werten kann eine Person „affiziert“ sein. Sie wird sozusagen von einem Wert „ergriffen“ und „ergreift“ ihn infolgedessen, macht ihn also zum Inhalt der eigenen Verhaltensdisposition und Ansprechbarkeit für situative Anreize²⁹ (dass mit der Möglichkeit, affiziert zu sein, die Existenz eines vorgegebenen – also objektiven oder realen – Wertes unterstellt wird, macht diese Möglichkeit für ethische Subjektivisten schwer nachvollziehbar).

Wie ist aus dieser motivationstheoretischen Sicht das in der wirtschaftsethischen Diskussion so prominente „Eigeninteresse“ zu verstehen? Insofern, als „Interesse“ auf einen Gegenstand bezogen ist, der für das Handlungssubjekt „extern“ ist, macht dieser Begriff keinen Sinn. Allenfalls kann er als Kurzfassung des im Subjekt wirksamen Bündels an Motivationsfaktoren verstanden werden. Das Subjekt wird motiviert durch seine individuellen Verhaltensdispositionen sowie durch die wahrgenommenen „Gegenstände“ mit Aufforderungscharakter. Insofern, als dieses Bündel an Faktoren *innerhalb* eines Individuums wirksam (d. h. sein „eigen“) ist, könnte man von seinem „**Eigen-Interesse**“ sprechen. Es ist die dem Individuum (und nur diesem) „eigene“ Motivation zum Handeln. Bei gleichen situativen Anreizen kann sie von Subjekt zu Subjekt sehr verschieden sein.³⁰ Die internalisierten Werte sind ein unlösbarer Teil dieser „Eigen-Interessen“.

Die Art und Weise, wie situative Anreize neurologisch verarbeitet und damit zu einer Handlungsmotivation werden, ist Gegenstand der **Gehirnforschung**. Eines ihrer Ergebnisse ist, dass Handlungsimpulse immer durch ein Zusammenwirken des präfrontalen Kortex und

²⁵ Siehe Lütge, 2012, 8. Kapitel; Homann, 2014, S. 30 ff.. Zu einer systematischen Darstellung siehe Quante, 2008, Kapitel VII.

²⁶ Rheinberg, 2010, S. 367.

²⁷ Heckhausen/Heckhausen, 2010, S. 4.

²⁸ Ebenda, S. 6 ff.

²⁹ Zum „Affiziert-Sein“ durch „Werte“ siehe: Joas, 1997.

³⁰ Nicht jeder wird beispielsweise eine Felswand als „Anreiz“ für eine Klettertour wahrnehmen; nicht jeder wird die Notsituation eines Mitmenschen als „Anreiz“ (Aufforderung) für eine Hilfeleistung verstehen; auch nicht jeder wird ein Mehrsparten-Unternehmen als einen „Anreiz“ zu dessen Aufteilung und zur Vermarktung der Einzelteile auffassen. In dem für die „Moralökonomik“ zentralen „Mantra“ der Anreizkompatibilität wird vorausgesetzt, dass *jedes* Handlungssubjekt vorzugsweise Aufforderungen zur Maximierung des eigenen, egozentrisch verstandenen Vorteils wahrnimmt. Es wird also ein sehr spezifisches Bündel an Motivationsfaktoren unterstellt.

des limbischen Systems entstehen.³¹ Das Letztere ist Sitz der Gefühle, der vor-kognitiven Werthaltungen, der intuitiven und gewohnheitsmäßigen Verhaltensdispositionen. Wenn beispielsweise jemand angesichts einer verlockenden, aber erkennbar unmoralischen Handlungsoption sagt „*so etwas tut man einfach nicht*“, dann meldet sich das limbische System. Demgegenüber ist der präfrontale Kortex der Sitz von Denkopoperationen. In diesem kognitiven System werden die Gefühle abgewogen, rationale Entscheidungen getroffen und Handlungen kontrolliert. Beide Systeme arbeiten zusammen; biochemisch bewirkt durch sog. Neurotransmitter. In aller Regel dominiert das limbische System. Es arbeitet automatisch, reagiert schnell auf Sinneswahrnehmungen, und unterläuft oft bewusste Willensentscheidungen. Was allerdings die moralischen Impulse anbelangt, so kann dieses System durch die Einübung kognitiver Vorteil-Nachteil-Kalkulationen seinen dominierenden Einfluss verlieren. Der Grundsatz „*so etwas tut man einfach nicht*“ wird dann nutzenkalkulatorisch relativiert und verschwindet möglicherweise aus dem Satz verhaltensprägender Dispositionen.³²

Was lässt sich aus diesen Grundgedanken der Motivations- und Gehirnforschung für eine interessenbasierte Ethik entnehmen? Im „Interesse“ eines Handlungssubjektes schlagen sich immer die von ihm **internalisierten Werte** nieder. Von seinen kognitiven Fähigkeiten und Anstrengungen hängt es ab, ob diese Werte reflektiert, überprüft, korrigiert und an neue Situationen angepasst werden.³³ Auf diese Weise entsteht im Idealfall eine Motivation, die man als „aufgeklärtes Eigeninteresse“ bezeichnen kann. Eine solche Motivation zu fördern und damit die intentionalen Voraussetzungen für die Errichtung ethisch vorzugswürdiger Institutionen zu schaffen, ist nicht zuletzt die Aufgabe einer moralischen (Selbst- und Fremd-) Erziehung.³⁴

Im ethischen Diskurs ist das „**aufgeklärte Eigeninteresse**“ ein anspruchsvoller Begriff. Als „aufgeklärt“ kann ein Interesse dann gelten, wenn es einer rationalen Überprüfung unterzogen und von „*Inkonsistenzen sowie kurz- und langfristigen Konflikten bereinigt*“ worden ist. Das kann dadurch erfolgen, dass bestimmte Interessen „*entweder ganz aufgegeben oder ethische Prioritätsregeln eingeführt werden*“.³⁵ Die zugrundeliegende Annahme ist, dass „*das ethisch Gute .. identisch (ist) mit dem für eine Person auf lange Sicht bei rationaler Betrachtung Gute (und) die langfristigen rationalen Interessen aller Personen koinzidieren*“³⁶ Mit dem Hinweis auf die „Rationalität“ des Interesses wird ein objektives Element in die Betrachtung eingeführt.³⁷ „Rationalität“ kann niemals nur ein subjektiv geltendes Entscheidungskriterium sein. Darüber hinaus nimmt der Hinweis auf die Koinzidenz der langfristig rationalen Interessen aller (in einen Handlungskontext

³¹ Häusel, 2010. Kahnemann (2011, S. 25 ff.) spricht von einem „System 1“ und einem „System 2“.

³² Siehe dazu Fn. 57.

³³ Bei Untersuchungen im Hirn-Scanner hat sich gezeigt, dass bei ethischen Entscheidungen immer sowohl die kognitiven Areale im präfrontalen Kortex, als auch etliche Areale im limbischen System aufleuchten, Goergen, 2009, S. 4.

³⁴ Gesang (2003, S. 68) setzt sie aus einer utilitaristischen Perspektive mit einer „Präferenz-erziehung“ gleich.

³⁵ Quante, 2008, S. 57.

³⁶ Ebenda -. Gosepath (1992, S. 365 ff.) sieht ausschließlich in der subjektiven Widerspruchsfreiheit der Eigeninteressen (d. h. ihrer rationalen Begründbarkeit) das Kriterium für deren „Aufgeklärtheit“, und er unterscheidet dabei nicht zwischen „Wünschen“ und „Interessen“ (im Gegensatz zu Hoerster, 2003, S. 37 f.)

³⁷ Ein „aufgeklärtes Eigeninteresse“ muss – wenn „Aufklärung“ im Sinne Kants verstanden werden soll – das „Vernunftinteresse“ zur Geltung bringen, d. h. das Interesse an einem objektiven und damit „unparteiischen“ Verständnis der subjektiven Interessen einer Person; siehe dazu: Schaeffler, 2017, S. 139-180.

einbezogenen) Personen dieser Interessenbestimmung jeden solipsistischen, allein auf die eigenen Präferenzen bezogenen Charakter.

An der Berücksichtigung objektiver Elemente kommt auch eine interessenbasierte Ethik nicht vorbei, die meint, jede „*höhere Normenordnung*“ ablehnen zu können.³⁸ Als „objektiv“ wird auch hier die Erfüllung der Rationalitätsbedingungen verstanden. Sollte es darüber hinaus objektiv begründete Normen geben, die im Widerspruch zum Interessenstandpunkt eines Individuums stehen, so wäre es (meint Hoerster) „*in einem objektiven Sinne rational*“ für dieses Individuum, „*seine Interessen nicht zu realisieren*“. ³⁹ Doch selbst wenn ein Individuum das tut, folgt es seinem „**subjektiven**“ Interesse, denn „*ein Interesse ist stets das ‚subjektive‘ Interesse eines bestimmten Individuums*“⁴⁰ Auch der aus „objektiven“ Gründen erfolgende Verzicht auf die Verwirklichung der eigenen Interessen liegt also im „subjektiven Interesse“ einer Person. In diesem weiten Interessenbegriff lässt sich jede moralische – aber auch jede unmoralische - Motivation unterbringen, soweit sie aus subjektiver Sicht konsistent ist. „Interesse“ (genauer: das „Eigen-Interesse“) ist so verstanden nichts weiter als ein **subjektspezifisches Motivationsbündel**, in das die internalisierten moralischen Werte, Wünsche, Neigungen usw. genauso eingehen, wie die wahrgenommenen „Gegenstände“ mit Aufforderungscharakter, d. h. die „Anreize“.

Welche Anreize werden vorzugsweise wahrgenommen, welche eher nicht? Auf welche personenbezogenen Motivationsfaktoren wirken sie ein, und wie werden sie zu einem konkreten Handlungsimpuls verarbeitet? Zur „interessenbasierten Ethik“ gehört auch eine Variante subjektivistischer Ansätze, die den Bereich der wahrgenommenen Anreize ebenso **einschränkt**, wie das Spektrum subjektspezifischer Verhaltensdispositionen. Als vorzugsweise wahrgenommen gelten Situationen, die die Chance für einen individuellen Vorteil bieten, und als typische Verhaltensdisposition wird der Wille zur Realisierung dieser Vorteile unterstellt. Das „Eigen-Interesse“ wird damit pejorativ zum „**Egoismus**“, die Breite möglicher Verhaltensdispositionen wird eingeeengt auf das ausschließliche Streben nach dem eigenen Nutzen, in das sich das Individuum im Namen seiner „Autonomie“ nicht durch irgendwelche „höhere Normen“ hineinreden lassen will.

Dem Einwand, damit wäre jeder moralischen Disziplin der Boden entzogen, entgegenen die Apologeten dieses egozentrierten Interessenbegriffs mit dem Mandeville'schen Argument, private Laster führten zu öffentlichen „*benefits*“, es käme nicht auf die Handlungsmotive, sondern auf die Handlungsbedingungen an, und für diese Bedingungen sei entweder – folgt man Hobbes – ein übermächtiger „*Leviathan*“ verantwortlich, oder sie seien – im Falle institutioneller Handlungsbedingungen – das „*nicht-intendierte Ergebnis intentionalen Handelns*“, bei dem es nicht auf die moralischen Intentionen der regelsetzenden Akteure ankommt (siehe Abschnitt 1). Der Egoismus wird also geadelt, der **Solipsismus** aufgelöst in **Solidarität**. Eine interessenbasierte Ethik, die in diesem Sinne verstanden wird, stößt im ethischen Diskurs keineswegs auf Ablehnung, sondern gilt besonders im wirtschaftsethischen Kontext als seriöser Beitrag zu einem modernen ethischen Subjektivismus.

³⁸ Dies ist beispielsweise das Programm von Hoerster, 2003. Er vertritt eine subjektivistische Grundposition, mit der die Möglichkeit ausgeschlossen wird, subjektiv artikulierte Interessen auf ihre Legitimität hin zu prüfen. Es gebe „*keine höhere Normenordnung*“, die es erlaube, eine solche Prüfung vorzunehmen (a. a. O., S. 219).

³⁹ Hoerster, 2003, S. 40. Hervorgehoben im Original: „objektiven“ und „nicht“.

⁴⁰ A. a. O., S. 41.

Man kann diese solipsistische Variante einer interessenbasierten Ethik erläutern, indem man auf die oben genannten Erkenntnisse der Motivations- und der Gehirnforschung zurückgreift. Der Blickwinkel, aus dem situative „Gegenstände“ wahrgenommen werden, ist beschränkt. Er ist nicht zuletzt eingeengt durch das „*framing*“ und „*priming*“ einer Handlungssituation, und das stößt aus der Sichtweise dieser Ethik auf keinen Widerspruch. Wer beispielsweise in einer legalen Wettbewerbssituation agiert, die mit fragwürdigen ethischen Nebenwirkungen verbunden ist, hat möglicherweise keinen (oder kaum einen) Blick für diese Nebenwirkungen. Das viel zitierte Experiment, mit dem Falk und Szech die Bereitschaft zur Tötung von Versuchstieren getestet haben, illustriert diesen Sachverhalt.⁴¹ Das verallgemeinerte Ergebnis dieses Experiments lautet, dass die *Legalität* eines Marktes als hinreichende Garantie für die *Legitimität* des Handelns auf dem Markt verstanden wird. Eine Vielzahl von verhaltensökonomischen Experimenten bestätigt den Zusammenhang zwischen dem „*framing*“ und „*priming*“ einer Handlungssituation einerseits, und der entsprechenden Wahrnehmung ihres Aufforderungscharakters andererseits, womit typischerweise auch die Ausblendung moralischer Aufforderungen einhergeht.⁴²

Wie die im limbischen System des Gehirns „einprogrammierten“ Wünsche, Neigungen, Präferenzen usw. auf ihre normative Legitimität hin überprüft werden, ist Sache der **kognitiven Aktivitäten** im präfrontalen Kortex. Diese Aktivitäten können **geschult** werden. Die Sensibilität für die moralische Qualität des eigenen Handelns und für seine unbeabsichtigten Nebenwirkungen kann man stärken. Durch eine solipsistische, interessenbasierte Ethik wird diese Sensibilität eher geschwächt. Die notorische Diffamierung moralischer Appelle, zu der die Apologeten dieses ethischen Entwurfs neigen, spricht in diesem Zusammenhang eine beredte Sprache. Sie schwächen damit die Bereitschaft, durch kognitive Anstrengungen ein „aufgeklärtes“ Eigeninteresse zu formulieren, das in die Intentionen des eigenen Handelns auch dessen Wirkung auf andere Personen einbezieht.

Es gibt eine lange Tradition ethischer Reflektion, die auf der Basis dieses interessenbasierten Ansatzes versucht, ethisch legitime Ordnungssysteme zu rekonstruieren. Das nicht durch Rücksichtnahme auf andere Personen verfolgte Eigeninteresse soll ausreichen, um ein von allen akzeptiertes und deshalb legitimes Regelsystem zu vereinbaren. Allgemein akzeptabel sei es deshalb, weil unter der Bedingung dieser Regeln jeder seine eigenen Interessen besser verwirklichen könne, als es ohne diese Vereinbarung der Fall wäre.⁴³ Nicht moralische Einsicht sei es, die eine solche Ordnung entstehen lasse, sondern „**Klugheit**“ im **instrumentellen** Sinne.⁴⁴ Die strategisch kluge Verfolgung der eigenen Interessen ersetzt so

⁴¹ Falk/Szech, 2013. In verschiedenen Experimenten wurden die Versuchspersonen vor die Alternative gestellt, auf die Auszahlung eines bestimmten Geldbetrages zu verzichten und dadurch das Weiterleben von Versuchstieren zu ermöglichen, oder sich diesen Betrag auszahlen zu lassen, mit der Folge, dass die Tiere getötet wurden. Unter der Bedingung isolierter Entscheidungen war die Bereitschaft, die Tötung der Tiere hinzunehmen, geringer als unter einer typischen Marktsituation.

⁴² Kahneman beschreibt Versuchsanordnungen, in denen „Geld“ eine Rolle spielte. Die beteiligten Versuchspersonen agierten unter diesen Bedingungen unabhängiger, aber auch egoistischer als in Situationen, in denen monetäre Überlegungen keine Rolle spielten. „*Auf Geld geprimte Personen werden unabhängiger, als sie es ohne den assoziativen Auslöser („Geld“, H.S.) wären.*“ Sie sind aber auch „*egoistischer*“; sie waren in den durchgeführten Experimenten weniger gewillt, anderen Personen zu helfen; (Kahneman, 2012, S. 75 f.).

⁴³ Die Metapher von der „Straßenverkehrsordnung“ bringt diesen ethischen Entwurf bildhaft zum Ausdruck (Fn.3)

⁴⁴ Es ist die Klugheit des „Homo Oeconomicus“, der gegebene Ziele mit dem geringstmöglichen Aufwand erreichen will. Davon ist eine „Lebensklugheit“ („*phronesis*“ in der aristotelischen Ethik) zu unterscheiden, die auch ein tugendhaftes Leben einschließt. Zur „Lebensklugheit“ gehört eine Lebensführung in Übereinstimmung

gesehen moralische Anstrengungen, die einen Verzicht auf eigene Interessen notwendig machen würden. Nicht um einen solchen Verzicht gehe es, sondern um die „kluge“ Instrumentalisierung der eigenen Interessen für die Erreichung ethisch vorzugswürdiger Ziele.

Den **Grundgedanken** dieser Ordnungsmodelle liefert Thomas Hobbes.⁴⁵ Auf die Einsetzung einer übermächtigen Kontrollinstanz, wie er sie im Sinn hatte, wollten spätere Vertragstheoretiker aus gutem Grund verzichten. Ihre Ordnungen sind „liberal“ oder in einer extremen Form „libertär“. In diesem Zusammenhang sind Autoren wie John Rawls,⁴⁶ James M. Buchanan⁴⁷, Gordon Tullock⁴⁸, Roger Congleton⁴⁹ sowie Robert Nozick⁵⁰ zu nennen. Analysiert man die Logik ihrer vertragstheoretischen Entwürfe, dann zeigt sich, dass diese nur dann eine *moralisch* legitime Ordnung generieren können, wenn man den regelschaffenden Akteuren bestimmte moralische Werte einpflanzt,⁵¹ wie z.B. „Freiheit“, an der ein Individuum nicht *interessiert* und genauso gut *uninteressiert* sein darf (und die insofern einen „realen“ Wert darstellt),⁵² oder „Fairness“ bzw. „Gerechtigkeit“, die in der Gesinnung der Vertragspartner fest verankert sein muss.⁵³ Die „Interessen“ können also nicht völlig solipsistisch definiert werden, wenn die auf ihrer Basis konstruierte Ordnung auch nur minimalen ethischen Anforderungen genügen soll.

Das gilt auch für die Vertragstheorie von **David Gauthier**, der einen der prägnantesten Entwürfe für die kooperative Generierung von „Moral“ vorgelegt hat,⁵⁴ und der hier erwähnt werden soll, weil seine Überlegungen in einem neueren ordnungstheoretischen Entwurf, auf den noch einzugehen ist, aufgenommen und weitergeführt werden. Nach Gauthier ist es die **„Rationality“**, die den eigeninteressierten Individuen sagt, dass sie ihre Vorteile durch eine Kooperation besser verwirklichen können, als ohne sie, und dass jede Kooperation individuelle Selbstverpflichtungen voraussetzt. Man zügelt also seine eigenen Interessen aus „Eigeninteresse“. „Moral“ ist so gesehen nichts anderes als eine kluge Selbstverpflichtung aus dem Interesse an einer vorteilhaften Kooperation. Ob die *eigentlichen* Interessen, die dem *Kooperationsinteresse* zugrunde liegen, nach normativen Kriterien gerechtfertigt sind, bleibt völlig offen. Dies ist keine Frage, auf die dieses Kooperationsmodell der Moral eine Antwort geben will.

Dieser Entwurf, der dem (vor allem unter Wirtschaftsethikern) populären Interesse an einer möglichst weitgehenden Ersetzung von „Moral“ durch „Klugheit“⁵⁵ entgegenkommt, hat

mit ethischen Werten. „Lebensklugheit“ (die „große“ Klugheit, wie Luckner sie nennt) motiviert zur Wahl einer authentischen „Lebensform“, und erst auf dieser Basis werden die Entscheidungen der „kleinen“ Klugheit getroffen, die der Wahl effizienter Mittel zur Erreichung zuvor gewählten Ziele gilt; zur „Philosophie der Klugheit“ siehe: Luckner, 2005.

⁴⁵ Hobbes, 1651/2011.

⁴⁶ Rawls, 1975/2006, 2007.

⁴⁷ Buchanan, 1977; 1984..

⁴⁸ Buchanan/Tullock, 1965.

⁴⁹ Buchanan/Congleton, 1998.

⁵⁰ Nozick, 1976.

⁵¹ So lassen sich die Ergebnisse von Koller (1987), Müller (2000) und Zintl (1983) zusammenfassen. „Echte“ Vertragstheorien, die mit einem Minimum an Annahmen hinsichtlich der Vertragsparteien auskommen, liefern nur die „*inhaltsleere Aussagen*“ eines „*vertragstheoretischen Nihilismus*“ (Zintl, 1983, S. 47 und S. 90).

⁵² Petersen, 1996, S. 167 in Bezug auf Buchanan, 1984.

⁵³ Rawls, 2003, S. 159.

⁵⁴ Gauthier, 1987.

⁵⁵ Es sei daran erinnert (Fn. 44), dass es immer um eine instrumentelle „Klugheit“ geht, die im Verhaltensmodell des „Homo Oeconomicus“ ihren prägnanten Ausdruck gefunden hat, und keineswegs um

eine breite Diskussion ausgelöst. Sie hat auch auf die **Schwächen** dieses Entwurfs aufmerksam gemacht. Einige davon seien hier erwähnt. So ist beispielsweise die Festlegung einer „baseline“ für den Kooperationsprozess nicht ohne ethische Prämissen möglich (wie sieht die Anfangsausstattung der Kooperationspartner mit Verfügungsrechten aller Art aus?).⁵⁶ Wirksam *vorgetäuschte* Selbstverpflichtungen unterminieren den Kooperationsprozess (und deshalb ist eine „basic honesty“ unerlässlich, die das Eigeninteresse in Schach hält, das zu einer „klugen“ – d. h. wirksamen - Verschleierung der eigenen Täuschungsabsichten motivieren würde)⁵⁷. Vertrauensvolle soziale Beziehungen lassen sich nicht auf vorteilhafte Kooperationsbeziehungen reduzieren, sind aber deren Voraussetzung.⁵⁸ Es scheint, dass Gauthier diesen und weiteren Einwänden⁵⁹ Rechnung tragen will, wenn er den vorteilmaximierenden „economic man“ kontrastiert mit den „real human beings“. Zwar gelte: „We real human beings share some of his characteristics (nämlich die des „economic man“). Aber „because we are .. not economic men and women, we can be constrained“.⁶⁰ Man kann das so verstehen: Nicht eine „straightforward maximization“ führt zur Generierung von moralischen Normen und Werten, sondern eine „constrained maximization“,⁶¹ und zu dieser Beschränkung sind wir in der Lage, denn wir sind „real human beings“, die für moralische Werte zugänglich sind; wir sind nicht nur „Homines Oeconomici“.

Den Gedanken einer moralisch motivierten Beschränkung des individuellen Vorteilstrebens sucht man in einem ordnungstheoretischen Entwurf vergebens, der die Gedanken von Gauthier aufnimmt und weiterführt: der „**Ordonomik**“.⁶² „Ordnung“ wird auch hier als das Ergebnis von „Kooperation“ verstanden, und die diese Kooperation konstituierenden Selbstverpflichtungen gelten als der Inbegriff von „Moral“. Die Moral der Rahmenordnung besteht so gesehen in den Selbstverpflichtungen gesellschaftlicher Akteure, die diese zum Zweck einer kooperativen Verwirklichung ihrer individuellen Interessen eingehen. Die Frage, ob die individuellen Interessen aus normativen Gründen legitim sind, spielt in diesem Entwurf genauso wenig eine Rolle wie bei Gauthier. Alle Bemühungen gelten der

eine „Lebensklugheit“, die in der Wahl eines authentischen Lebensentwurfs (oder in der Wahl von ethisch legitimen Präferenzen) besteht.

⁵⁶ Goodin, 1993.

⁵⁷ Hollis, 1993. - Eine „Klugheit“ dieser Art hat offenbar den VW-Konzern dazu veranlasst, die Manipulation der Abgaswerte in den USA so lange wie möglich zu verschleiern. Im Juli 2015 hat die Konzernführung angesichts drohender Reputationsverluste über zwei Strategien beraten. Als „offensiv“ galt eine Strategie, die darin bestand, die Abgasmanipulation zuzugeben. Der zu erwartende Vorteil wurde in vergleichsweise geringen Strafzahlungen gesehen, der Nachteil in einer verzögerten Zulassung neuer Modelle. Eine „defensive“ Strategie („Defeat Device“) wurde darin gesehen, die US-Behörden so lange wie möglich hinzuhalten. Für diesen Fall rechnete man mit höheren Strafzahlungen, aber auch mit dem Vorteil einer früheren Zulassung neuer Modelle auf dem amerikanischen Markt. Der Konzern entschied sich für die „defensive“ Strategie (Der Spiegel, Nr. 34 v. 18.08.2018, S. 55 f.). Im „Klugheitskalkül“ des Konzerns spielten offenbar nur monetäre Größen eine Rolle. Der Reputationsverlust war keine Größe dieser Art (was dann auch die eingeschlagene Klugheitsstrategie sehr „unklug“ werden ließ). Eine „basic honesty“ hätte von vornherein gesagt: „So etwas tut man einfach nicht“ (nämlich Abgaseinrichtungen manipulieren). Aber im „limbischen System“ der an der Entscheidung beteiligten Ingenieure und Vorstandsmitglieder war dieser Impuls offenbar wirksam eliminiert worden durch das konzerninterne „framing“ einer auf Umsatz- und Gewinnsteigerung ausgerichteten Marktstrategie (siehe Fn. 32 und Fn. 42).

⁵⁸ Weale, 1993.

⁵⁹ Siehe dazu die Beiträge in Gauthier/Sugden, 1993.

⁶⁰ Gauthier, 1987, S. 317.

⁶¹ Sugden, 1993, 19.

⁶² Pies/Hielscher, 2012; Pies 2015b; 2017.

Identifizierung und Aktivierung gemeinsamer „**Regelinteressen**“, ⁶³ die es erlauben, die **Basisinteressen** der Kooperationspartner besser zu verwirklichen, als es ohne gemeinsame Regeln der Fall wäre.

An der Motivation der hier unterstellten Akteure kann also kein Zweifel bestehen: Sie wollen ihren **eigenen Vorteil** maximieren, und nichts anderes. Der „Homo Oeconomicus“ steht im Hintergrund dieser Überlegungen. Mit dem penetranten Hinweis, „moralische Appelle“ seien unwirksam und unnötig, wird unterstellt, dass die typische Verhaltensdisposition dieses Akteurs nur für ich-bezogene Nutzenkategorien ansprechbar ist. Ob sein eigenes Handeln auch für andere Personen einen Vorteil bieten könnte, ist für ihn im wahrsten Sinne des Wortes „uninteressant“. ⁶⁴ Dafür liefert ihm die „*Ordonomik*“ auch die Begründung: Nicht die eigene Motivation, sondern das Regelsystem sorgt für positive Nebenwirkungen des eigenen Handelns auf andere, und deshalb kann das eigene Handeln uneingeschränkt egoistisch sein.

Der für die „*Ordonomik*“ typische Akteur verfolgt also kein „aufgeklärtes Eigeninteresse“ in dem Sinne, dass er die Auswirkungen seines Handelns auf andere in seine eigene Motivation einbeziehen würde. „Aufgeklärt“ ist es lediglich in dem Sinne, dass es von **subjektiven Widersprüchen bereinigt** ist. Ein kurzfristiger Interessenverzicht wird beispielsweise hingenommen, wenn er einen langfristigen Vorteil verspricht. Bei gegebenem Zeithorizont (über den allerdings nichts gesagt wird) soll die Summe aller Erwartungsnutzen maximiert werden.

Die so modellierten Akteure wollen ihre Vorteile durch eine Kooperation maximieren, und sie sehen, dass sie deshalb Selbstverpflichtungen eingehen müssen. Diese Verpflichtungen werden als „Investitionen“ in das Kapitalgut „Vertrauen“ verstanden, und sie werden natürlich nur in der Erwartung vorgenommen, dass sie sich individuell auszahlen. Ein Problem, mit dem jeder Akteur rechnen muss, wird nun aber darin gesehen, dass die Vertragspartner einer Kooperation ihre Zusagen nicht einhalten, und dass dadurch die eigenen, im Blick auf die angestrebte Kooperation erbrachten Vorleistungen, wertlos werden. Ein vertragstreuer Kooperationspartner wird in diesem Fall „ausgebeutet“. Weil damit jeder Partner rechnen muss, entsteht eine **Dilemma-Situation**. Gegebene Kooperationsverpflichtungen nicht einzuhalten, wird zur dominanten, wenn auch schlechtesten Strategie.

Die „*Ordonomik*“ unterstellt, dass solche Dilemmata auf der Ebene individuellen Handelns ein grundsätzliches Problem aller Kooperationen und aller ethischen wünschenswerten Aktionen darstellen. Eine Lösung wird in allgemein verbindlichen Regelsystemen gesehen, die einen Vertragsbruch unter Strafe stellen, und damit die Vertrauensbasis einer privatwirtschaftlichen Kooperation festigen. Allerdings könne es auch auf der Ebene der Regelsetzung (einer „**Meta**“-**Ebene** über der Handlungsebene der individuellen Interaktionen) zu einem Dilemma kommen. Das sei beispielsweise dann der Fall, wenn ein regelsetzender Akteur (etwa eine politische Partei) mit Nachteilen im politischen Wettbewerb rechnen muss, sofern er sich für eine Regelung einsetzt, die im allgemeinen Interesse liegt. Solche Dilemmata machten es notwendig, dass auf einer „**Meta-Meta**“-**Ebene** ein Konsens über die allgemein wünschenswerten Regeln gefunden wird. Diesem

⁶³ Beckmann/Pies, 2008, S. 51.

⁶⁴ Mackie sieht die Hauptaufgabe der Moral in der „*Wahrung der Interessen anderer*“. Für den handelnden Akteur stelle sie sich dar „*als Beschränkung seiner natürlichen Neigung oder spontanen Handlungswünsche*“ (Mackie, 1981, S. 133). Die „*Ordonomik*“ sieht ihren besonderen „Vorzug“ darin, auf eine so verstandene Moral verzichten zu können.

Konsens diene ein „**Aufklärungsdiskurs**“. Er soll das Problem lösen, dass es zu einer unendlichen Kette von Regelsetzungen kommen müsste, um die *jede* Regelsetzung bedrohende Gefahr, dass sich dabei partikuläre Interessen durchsetzen, durch erzwingbare Regeln „*höherer Ordnung*“ auszuschließen.

Im Wesentlichen hängt es also von diesem Diskurs ab, zu welchen Selbstverpflichtungen sich die regelschaffenden Kooperationspartner bereit erklären, worin demnach die Moral der Rahmenordnung besteht. Diese diskursiv zu leistende Aufklärung kann zwei grundsätzlich verschiedenen **Zielen** verpflichtet sein. Sie kann **erstens** über die bestmögliche Verwirklichung *gegebener* Interessen aufklären, *ohne* deren ethische Berechtigung in Frage zu stellen. **Zweitens** kann sie über die Klärung einer effizienten Ziel-Mittel-Relation bei der Interessenverwirklichung hinaus die Legitimität der im Diskurs vorgebrachten Ziele bzw. Interessen zum Thema machen. Mit anderen Worten: Die Aufklärung kann der „kleinen“ oder der „großen“ Klugheit verpflichtet sein.⁶⁵

Der in der „*Ordonomik*“ vorgesehene **Aufklärungsdiskurs beschränkt** sich ganz eindeutig auf das Erstere. Die regelschaffenden Kooperationspartner sollen sich darüber aufklären, welches Regelsystem ihren individuellen Interessen am ehesten zur Durchsetzung verhilft, und dies ist – daran lassen die Autoren der „*Ordonomik*“ keinen Zweifel – das marktwirtschaftliche System. „Aufklärung“ besteht deshalb zu einem großen Teil darin, Vorbehalte gegen das marktwirtschaftliche System argumentativ zu entkräften und zurückzuweisen.⁶⁶ An eine Aufklärung über die Berechtigung individueller Interessen und über die Vermeidung einer Regelbildung, die *illegitimen* Interessen zur Durchsetzung verhelfen könnte, ist nicht gedacht.

Man kann z. B. fragen, inwiefern die **Interessen**, die der Konsum- und Produktionsstruktur wohlhabender Industriestaaten zugrunde liegen, angesichts des globalen Nachhaltigkeits-Trilemmas **legitim** sind.⁶⁷ Ohne die (auch als normative Überprüfung verstandene)⁶⁸ Aufklärung über den von diesen Interessen verursachten weltweiten Ressourcenverbrauch und den damit verbundenen Problemen einer intra- und intergenerationellen Ungerechtigkeit, und ohne die Klärung der mit diesem Trilemma verbundenen normativen Herausforderungen, wird es wohl kaum möglich sein, ethisch legitime Regelsysteme für die nationale und internationale Wohlstandsproduktion zu konzipieren. Selbstverständlich ist auch eine Aufklärung über effiziente Methoden des Umwelt- und Ressourcenschutzes notwendig, und häufig sind dies marktwirtschaftliche Methoden. Es geht aber nicht nur um effiziente Methoden, sondern auch um legitime Ziele, und die „*Ordonomik*“ lässt nicht erkennen, dass sich die intendierte „Aufklärung“ auch darauf beziehen soll.

Dies ist festzuhalten, obwohl in der Präsentation dieses Ansatzes auch Themen angesprochen werden, die einen weiteren Horizont haben, als den einer Effizienz von Ordnungsregeln. So wird beispielsweise erwähnt, dass bestimmte Interessengruppen in einem Aufklärungsdiskurs über-, andere unterrepräsentiert sein können. Es gibt also ein

⁶⁵ Siehe Fn. 44.

⁶⁶ So z. B. in Pies 2015b. Auch Homann (2006, S. 4) sieht eine vorrangige Aufgabe des Aufklärungsdiskurses darin, „*moralische Blockaden*“ gegen die Wirkungsweise einer Marktwirtschaft abzubauen. Man könnte auch von ökonomischen Blockaden gegen ethisch legitime Forderungen sprechen, die abzubauen wären. Aber dies ist offenbar kein vorrangiges Ziel des „Aufklärungsdiskurses“, den Homann im Sinn hat.

⁶⁷ Zum Nachhaltigkeits-Trilemma siehe: Eriksson/Andersson, 2010; Sautter 2015; 2017 S. 374 ff.,

⁶⁸ Eine normative Überprüfung wäre auch dann notwendig, wenn es keine durchsetzungsfähige zivilgesellschaftliche Organisation gäbe, die sie fordert. Es geht also nicht nur um einen strategisch klugen (d. h. am Eigeninteresse orientierten) „Stakeholder“-Dialog.

Machtungleichgewicht; die Ausgangsbedingungen für eine regelschaffende Kooperation sind „unfair“. Einflussreiche „Lobbys“ können ein Gesetz, das im allgemeinen Interesse liegt, verhindern. Ferner wird darauf hingewiesen, dass die Medien eine verzerrte Problemsicht verbreiten und damit eine wünschenswerte Regelung verhindern können. Probleme dieser Art sollen u. a. durch institutionelle Reformen, durch mehr Wettbewerb im politischen Prozess, und durch eine „*generally arising public awareness*“ der durch ein „Diskursversagen“ entstehenden Wohlstandsverluste überwunden werden. In diesem Zusammenhang wird auch an die „*ordo responsibility*“ der Manager appelliert.⁶⁹

Entweder ist die Aufforderung zur ordnungspolitischen Verantwortung wörtlich gemeint (d. h. „Verantwortung“ wird als ethisch gehaltvoller Begriff verstanden; siehe dazu Abschnitt 3). Dann steht diese Aufforderung im Widerspruch zum ganzen Duktus der „*Ordonomik*“, der ausdrücklich verneint, dass sich die Interessen der regelschaffenden Akteure vor ethischen Normen rechtfertigen müssen, die diese Akteure nicht aus eigenem Interesse selbst gesetzt haben. **Oder** diese Aufforderung ist lediglich ein rhetorischer „Schnörkel“ in einem Ansatz, der die Etablierung einer Rahmenordnung aus dem egozentrischen (durch keine moralische Rücksichtnahme eingeschränkten) Interessenskalkül individueller Akteure erwartet.⁷⁰ Was aber **nicht möglich** ist, ist die Rekonstruktion einer moralisch vorzugswürdigen Rahmenordnung auf der Basis genau dieses Interessenskalküls.

Im Blick auf die „*Ordonomik*“ gilt daher dasselbe wie im Blick auf alle vertragstheoretischen Entwürfe einer Regelgenerierung. Sie **versagen** bei der Rekonstruktion eines ethisch akzeptablen Regelsystems, wenn sie unterstellen, dass die regelschaffenden Akteure nur von ihren solipsistischen Eigeninteressen geleitet werden. Ihr Ziel, eine ethisch legitime Ordnung zu rekonstruieren, erreichen sie nur, wenn sie das individuelle Interessenskalkül erweitern und den Akteuren auch eine Motivation für die Verwirklichung moralischer Werte zubilligen. Die Zuverlässigkeit einer Kooperation ist nicht ohne eine „*basic honesty*“ möglich;⁷¹ die gesellschaftlichen Interaktionen dürfen sich nicht auf eine strategische Interessenverfolgung beschränken, wenn eine produktive Kooperation gelingen soll;⁷² die individuelle Vorteilsmaximierung des „*economic man*“ muss durch die moralischen Motivationen von „*real human beings*“ eingeschränkt werden.⁷³ Was die Diskussion des Ansatzes von Gauthier gezeigt hat (s. o.), gilt auch für die „*Ordonomik*“.⁷⁴

⁶⁹ Pies, 2017, S. 41.

⁷⁰ Auch bei Homann kann man fragen, worin der Stellenwert individuellethischer Äußerungen besteht, ob sie beispielsweise mehr sind als ein schmückendes Beiwerk in einem ethischen Entwurf, der „Ethik“ in den Institutionen ansiedelt und wenig von der ethischen Gesinnung der Individuen erwartet. Einerseits weist Homann vehement den Gedanken zurück, eine Rahmenordnung könnte intentional (also ethisch verantwortlich) hervorgebracht werden (siehe oben Fn. 10). Andererseits schreibt er im Blick auf den Prozess einer Institutionenbildung, hier gelte die Devise: „*Reform der Zustände aufgrund einer Reform der Gesinnung*“ (Homann, 2014, S. 138). Wie wichtig ist die Gesinnung (sind die Intentionen) bei der Institutionenbildung? Was gilt: Reformen „aufgrund“ reformierter Gesinnungen, oder Warnung vor einem Rückfall in den „Intentionalismus“?

⁷¹ Siehe oben Fn. 57.

⁷² Sehr dezidiert schreibt Nida-Rümelin (2011, S. 118): „*Kooperatives Handeln ist nur dann möglich, wenn die an der Kooperation Beteiligten darauf verzichten, diejenige Strategie zu wählen, die ihre eigenen Ziele (das müssen nicht einmal eigene Interessen sein) optimiert*“.

⁷³ Siehe oben Fn. 60 und 61.

⁷⁴ Zu einer weitergehenden Kritik des „*ordonomischen*“ Ansatzes siehe: Heidbrink, 2012. - Die „*Ordonomik*“ (wie jede andere interessenbasierte Rekonstruktion von Ordnung) versagt bei der Lösung des „Bindungsproblems“ von Institutionen (siehe dazu: Leiphold, 2006, S. 53 ff.). Die eine Ordnung konstituierenden Institutionen bedürfen einer „Bindung“, die sie gegen einen opportunistischen Missbrauch

3. Die Verantwortung gesellschaftlicher Akteure für die Moral der Rahmenordnung.

Die vorangegangenen Abschnitte haben gezeigt, wie eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage *nicht* lauten kann: Die Moral der Rahmenordnung kommt nicht als „nicht-intendiertes“ Ergebnis eines teleologischen Geschichtsprozesses zustande, auch nicht durch eine sozial-darwinistische Regelauslese, einen amoralischen politischen Machtkampf oder als eine Kooperation egozentrischer Individuen, deren Interessenhorizont auf den eigenen Vorteil beschränkt ist. Die bereits im 1. Abschnitt genannte **These**, die hier entfaltet werden soll, lautet: Die Rahmenordnung kommt dadurch zu ihrer „Moral“, dass verantwortungsvoll handelnde Akteure ethisch vorzugswürdige Interaktionsregeln formaler und informaler Art *intentional* in Kraft setzen.

Dieser These liegt folgender Gedanke zugrunde: Die gesellschaftlichen Akteure errichten in eigener Verantwortung eine Rahmenordnung, weil sie sich dadurch von einer individualetischen Überforderung **entlastet**, gleichzeitig aber durch diese Ordnung zu einem moralisch wünschenswerten Handeln **veranlasst** bzw. rechtlich **gezwungen** sehen wollen. Die Akteure sind also selbst für die Ausgestaltung des „*ethical displacement*“ verantwortlich, mit dem sie sich sowohl entlasten, als auch unter Druck setzen. Sie delegieren gleichsam bestimmte Verantwortlichkeiten an ein Regelsystem, werden aber auch von diesem System in Verantwortung genommen.

In einem **ersten** Gedankenschritt ist zu klären, worin eine ethisch vorzugswürdige Rahmenordnung bestehen kann. Ein **zweiter** Gedankenschritt ist der Frage gewidmet, inwiefern diese Ordnung die gesellschaftlichen Akteure sowohl entlasten, als auch zu einem ethisch wünschenswerten Handeln veranlassen bzw. zwingen kann. In einem **dritten** Gedankenschritt ist auf die Verantwortung dieser Akteure für die Etablierung einer solchen Ordnung einzugehen.

Grundsätzlich gilt: Eine „**Rahmenordnung**“ für die inner- und zwischengesellschaftlichen Interaktionen muss Handlungsregeln für **alle Subsysteme** einer Gesellschaft umfassen: die wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen, rechtlichen und politischen Interaktionen. Sie alle verfolgen ihre eigenen Zwecke, und ihre jeweiligen Regelsysteme dienen der bestmöglichen Verwirklichung dieser Zwecke. Aus der Tatsache, dass die gesellschaftlichen Subsysteme in vielfacher Weise miteinander verflochten sind, ergeben sich Überschneidungen, Konflikte und Komplementaritäten der einzelnen Regelsysteme.⁷⁵ Eine „Rahmenordnung“ sollte für eine möglichst konfliktfreie Vernetzung dieser Regelsysteme sorgen, was nichts anderes bedeutet, als dass sie für eine möglichst weitgehende Kompatibilität der Zwecke sorgen sollte, denen die einzelnen Regelsysteme verpflichtet sind. Der Zweck der wirtschaftlichen Austauschbeziehungen sollte beispielsweise

absichern. Solche Bindungen können auf sehr unterschiedliche Arten zustande kommen, und jede Kultur hat ihre eigenen „Bindungstechnologien“ entwickelt (eine detaillierte Darstellung dazu enthält die Veröffentlichung von Leiphold). Es ist eine völlig unrealistische und geschichtsvergessene Unterstellung, dass das institutionelle Gerüst einer „Ordnung“ seine Zuverlässigkeit (Verbindlichkeit, „Bindungswirkung“) allein auf der Basis eines egozentrischen Interessenkalküls der regelsetzenden Akteure gewinnen könnte. Vielmehr spielt dabei immer ein „*Mixtum aus moralischen und rationalen Bindungspotentialen*“ (wie z. B. des Rechts) eine Rolle (Leiphold, 2006, S. 80). (Den Hinweis auf die allgemeine Problematik der „Bindung von Institutionen“ verdanke ich Hans Nutzinger.)

⁷⁵ Zur systemtheoretischen Sicht einer Gesellschaftsökonomie: Luhmann, 1988.

kompatibel sein mit demjenigen sozialer Interaktionen; die für Technik und Wissenschaft geltenden Handlungsregeln sollten zu vereinbaren sein mit den Handlungsregeln für die wirtschaftlichen Austauschbeziehungen usw. Aus der Tatsache, dass die staatlich verfassten gesellschaftlichen Systeme einzelner Ländern in vielfacher Weise miteinander verflochten sind, resultiert ferner die Aufgabe, durch internationale Rahmenordnungen die *inter-*gesellschaftlichen Beziehungen auf eine möglichst konfliktfreie Weise zu ordnen.

Sucht man nach normativen Kriterien für die Gestaltung einer in diesem weiten Sinne verstandenen Rahmenordnung, dann findet man sie in den ethischen Werten, die in der **„Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“** (AEMR) ihren Niederschlag gefunden haben. Es ist dabei ohne Belang, ob man in diesen Rechten „objektive“ Werte im strengen Sinne eines ethischen Objektivismus verkörpert sieht, oder ob man diese Möglichkeit bestreitet. Die Feststellung genügt, dass es diese Werte „gibt“, ⁷⁶ wie auch immer ihre Genealogie erklärt wird. ⁷⁷ Sie bilden einen universell anerkannten Maßstab für das ordnungspolitische Handeln, und daran ändert auch die Tatsache nichts, dass sie vielfach missachtet werden. Für diese Werte gilt, was auch für rechtliche und ethische Normen gilt: Sie beschreiben nicht tatsächlich geltende Zustände, sondern benennen eine kontrafaktische, aber erstrebenswerte und mögliche Situation, die zum Handeln im Sinne der angegebenen Werte auffordert. ⁷⁸

Deren Zentrum ist die **„Würde“** des Menschen. Ihre Anerkennung manifestiert sich im Schutz, in der Respektierung und in der Verwirklichung *„gleicher und unveräußerlicher Rechte“*, die *„alle Mitglieder der menschlichen Familie“* besitzen. ⁷⁹ Worin diese Rechte im Einzelnen bestehen, haben die völkerrechtlichen Menschenrechtsverträge des Jahres 1966 ausformuliert. Es sind die im sog. „Zivilpakt“ kodifizierten bürgerlich-politischen Freiheitsrechte sowie die im sog. „Sozialpakt“ enthaltenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Schutz- und Teilhaberechte. ⁸⁰ Diese letzteren wurden durch die Konventionen konkretisiert und ergänzt, die im Rahmen der „Internationalen Arbeitsorganisation“ (IAO) vereinbart worden sind. Zusammen mit zahlreichen weiteren Normen eines internationalen *„soft law“* sind auf diese Weise „Menschenrechtsstandards“ ⁸¹ entstanden, in denen unhintergehbare Kriterien für die Gestaltung einer ethisch vorzugswürdigen Rahmenordnung zu sehen sind. Die in Reaktion auf ökologische Probleme entstandenen

⁷⁶ Horster, 2009, S. 120: *„Der Ursprung der objektiven und universellen Werte und Normen (zu denen Horster die ‚Allgemeinen Menschenrechte‘ rechnet) muss den Philosophen ebenso wenig interessieren wie den Naturwissenschaftler der Ursprung der Gravitation. Er hat sie zu untersuchen, wobei er davon ausgeht und auch ganz einfach davon ausgehen kann, dass es sie gibt“.*

⁷⁷ Zur Genealogie der Menschenrechte siehe Joas, 2011. Dass es eine „Genealogie“ der Menschenrechte gibt, ist nach Homann ein Argument, das gegen ihren universellen Geltungsanspruch spricht. Homann unterläuft diesen Geltungsanspruch, wenn er statt von „Universalität“ von einer „Zeitlosigkeit“ spricht, die nicht mit einer „Genealogie“ zu vereinbaren sei (Homann, 2014, S. 41). Zur Universalität der Menschenrechte siehe: Walker (2013), Ernst (2010), Lohmann (2010).

⁷⁸ Normen benennen in befürwortender Weise *„die Möglichkeit einer abweichenden Weltbeschaffenheit“* (Möllers 2015, S. 14). Dass sie von der tatsächlichen „Weltbeschaffenheit“ abweichen, gehört zu ihrem Wesen und spricht gerade nicht gegen ihren Geltungsanspruch. „Normen“, die lückenlos befolgt werden, hätten aufgehört, Normen zu sein, und wären schlichte Tatsachenbeschreibungen.

⁷⁹ Dies sind Formulierungen in der Präambel der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“. Den engen Zusammenhang von „Würde“ und „Rechten“ betont Waldron, 2015.

⁸⁰ Im Jahre 1966 hat die Vollversammlung der „Vereinten Nationen“ diese beiden Verträge verabschiedet, die inzwischen von zahlreichen Ländern ratifiziert (d. h. in ihr eigenes Rechtssystem übernommen) worden sind. Es sind der *„International Covenant on Civil and Political Rights“* (ICCPR) und der *„International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights“* (ICESCR). Siehe dazu: Sautter, 2000; 2004 Kap. 6; 2017 Kap. 10.

⁸¹ Riedel, 1986.

völkerrechtlichen Abkommen, die dem Ziel einer umfassend verstandenen „Nachhaltigkeit“ verpflichtet sind, haben diese Kriterien erweitert.⁸² Die damit angestrebte Erhaltung der Resilienz von Ökosystemen ist einem eingeschränkt anthropozentrischen Ansatz⁸³ verpflichtet und ergänzt dadurch den Menschenrechtsschutz um eine zeitliche Dimension; auch die Rechte von Personen, die künftigen Generationen angehören, werden durch ein nachhaltiges Wirtschaften geschützt.

Es gibt also einen **Kanon normativer Kriterien**, an denen jedes gesellschaftliche Regelsystem zu messen ist.⁸⁴ Diese Kriterien bilden auch (mit unterschiedlichem Geltungsanspruch) den Hintergrund für die Gestaltung der Interaktionsregeln einzelner gesellschaftlicher Subsysteme. Eines davon – und nach vorherrschendem Verständnis das wichtigste – ist das Subsystem wirtschaftlicher Interaktionen.⁸⁵

Wie sieht ein ethisch vorzugswürdiges Regelsystem für diesen Interaktionsbereich aus? Theoretische Erkenntnisse, praktische Erfahrungen und normative Bewertungen sprechen dafür, dass es ein **marktwirtschaftliches Regelsystem** sein muss. Es ermöglicht durch die ex-post-Koordinierung einzelwirtschaftlicher Aktionen ein vergleichsweise hohes Maß an individueller Handlungsfreiheit. Durch die institutionalisierte Reziprozität von Leistung und Gegenleistung stimuliert es individuelle Eigenanstrengungen (niemand kann von einem anderen etwas erwarten, wenn er ihm nichts anbietet), instrumentalisiert die Sorge um das eigene Wohl für die Verwirklichung eines Gemeinwohls, und ermöglicht dadurch die Überwindung materieller Armut sowie eine allgemeine Wohlstandsentwicklung. Kurz: Ein marktwirtschaftliches System bietet vergleichsweise große Freiräume für ein selbstbestimmtes Handeln und relativ gute Chancen für die Teilhabe an einem allgemeinen Wohlstand.⁸⁶

Voraussetzung dafür ist, dass im Rahmen einer „**Wettbewerbsordnung**“ die rechtlichen Voraussetzungen für einen funktionsfähigen Wettbewerb geschaffen werden, der eine effiziente Ressourcenallokation bei der Bereitstellung privater Güter ermöglicht. Die staatliche Garantie eindeutig definierter Eigentums- und Nutzungsrechte gehört dazu, ebenso wie der Schutz des Wettbewerbs vor einer Aufhebung durch seine Teilnehmer. Des Weiteren sind **Vorkehrungen** für die zahlreichen Formen eines „**Marktversagens**“ zu treffen. Negative Externalitäten können beispielsweise dadurch korrigiert werden, dass der Staat die Voraussetzungen für neue Formen privatwirtschaftlicher Transaktionen schafft. Die Etablierung eines Handelssystems für Emissionszertifikate illustriert diesen Fall.

Selbst wenn (bei konsequenter Einhaltung der Wettbewerbsregeln) „der Markt“ den individuellen Beitrag zum Sozialprodukt *leistungsgerecht* entlohnt, garantiert er nicht dessen *bedarfsgerecht* Verteilung. Die im „Sozialpakt“ der „Vereinten Nationen“ enthaltenen Normen erfordern deshalb eine Ergänzung der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsregeln durch Institutionen einer bedarfsgerechten Verteilung der Marktergebnisse. Anders gesagt:

⁸² Zum Begriff, den „Management“-Regeln und den praktischen Möglichkeiten einer „nachhaltigen“ Wirtschaftsweise siehe z. B.: Hauff, 1987; Pufé 2012; Thiele, 2013; Sautter, 2017, Kap. 8.

⁸³ Zu den verschiedenen Ansätzen einer Bioethik siehe: Pfordten, 1996.

⁸⁴ Der Menschenrechtskatalog enthält einerseits einen universellen moralischen Anspruch, und er stellt andererseits eine universale rechtliche Verpflichtung dar. Zum ethischen und legalistischen Charakter der „Allgemeinen Menschenrechte“ siehe Campbell, 2013.

⁸⁵ Von einem „Kompass Menschenrechte“, der für die Regulierung wirtschaftlicher Interaktionen maßgebend sei, spricht Gesang (2016, S. 126): „*Der Staat hat den Wirtschaftsprozess so zu regulieren, dass den Menschenrechten entsprechend gewirtschaftet wird*“ (kursiv im Original).

⁸⁶ Zu den ethisch relevanten Vorzügen eines Marktsystems: Sautter, 2017, Abschnitte 6.1. - 6.3.

Eine gesamtgesellschaftliche Rahmenordnung, die ethischen Kriterien genügen soll, muss neben einer Wettbewerbsordnung für die wirtschaftlichen Interaktionen eine „**Sozialordnung**“ für die geregelte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen nach Maßgabe menschenrechtlicher Freiheits- und Schutzrechte enthalten.⁸⁷

Des Weiteren muss die Abgrenzung privater von öffentlichen Gütern geregelt und die Bereitstellung der letzteren sichergestellt werden. Das Reziprozitätsprinzip des Marktes versagt typischerweise bei öffentlichen Gütern. Deren Bereitstellung, ohne die auch die Märkte nicht funktionsfähig wären, bedarf einer „**Finanzordnung**“, die mit den Anforderungen anderer Ordnungsformen (insbesondere der Wettbewerbs- und der Sozialordnung) so weit wie möglich kompatibel sein sollte. Die Resilienz von Ökosystemen stellt eine besondere Form öffentlicher Güter dar. Sie zu erhalten ist ohne problemspezifische Regelsysteme der Umweltpolitik – d. h. ohne eine „**Umweltordnung**“ – kaum möglich.

Es versteht sich von selbst, dass die konkrete Ausgestaltung einer „Rahmenordnung“ für die Ordnungen der verschiedenen gesellschaftlichen Subsysteme zahlreichen Interessenkonflikten unterworfen ist, denen auch ethische **Wertkonflikte** zugrunde liegen. Wie sollen beispielsweise die individuellen Handlungsfreiheiten, die der marktwirtschaftliche Wettbewerb voraussetzt und die er fördert, mit den sozialen Schutzrechten ausgeglichen werden, die der „Sozialpakt“ und zahlreiche IAO-Konventionen fordern? Welches Gewicht haben die Menschenrechte der gegenwärtig lebenden Personen gegenüber denselben Rechten, die den Angehörigen künftiger Generationen zustehen? Die Abwägung dieser Werte und der daraus resultierenden Akzente einer Rahmenordnung ist – wenn man nicht normative Kriterien im Macht- und Interessenkalkül der politischen Auseinandersetzung aufgehen lässt – eine Frage der ethischen Verantwortung ordnungspolitischer Akteure. Darauf ist zurückzukommen.

Zunächst ist in einem **zweiten Gedankenschritt** zu diskutieren, inwiefern eine Rahmenordnung, die normativen Kriterien genügt, zu einer moralischen Entlastung der unter ihr tätigen Handlungssubjekte beitragen kann, und inwiefern sie gleichzeitig diese Subjekte zu einem moralisch akzeptablen Handeln veranlasst oder sogar zwingt.

Die wenigsten Folgen seiner Handlung kann ein Akteur unter den Bedingungen seiner **systemischen Verflochtenheit** überblicken. Er kann deshalb auch nicht für alle diese Folgen verantwortlich gemacht werden, wenn man unterstellt, dass die Zurechnung einer moralischen Verantwortung voraussetzt, dass ein Handlungssubjekt in der Lage ist, „*alles zu verstehen*“, wofür es verantwortlich gemacht werden soll.⁸⁸ Ein pharmazeutisches Unternehmen kann beispielsweise nicht voraussehen, ob die von ihm vermarkteten Produkte in der angegebenen richtigen Dosierung angewandt werden, oder ob sie in einer falsch angewandten Dosierung zu schweren gesundheitlichen Schäden führen. Die **Rechtsordnung entlastet** das Unternehmen von der Verantwortung für diese Schäden unter der Voraussetzung, dass die bei der Zulassung dieses Produktes verlangten Informationspflichten eingehalten worden sind. Die moralische Entlastung geht also einher mit der Erfüllung einer begrenzten Pflicht.

⁸⁷ Diese im „Sozialpakt“ der „Vereinten Nationen“ enthaltenen Rechte sind für Gewirth (1996) wesentliche Voraussetzungen für die individuelle Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen.

⁸⁸ Neumaier, 2008, S. 104.

Ein weiteres Beispiel: Kein im marktwirtschaftlichen Wettbewerb stehendes Unternehmen kann dafür verantwortlich gemacht werden, dass die leistungsgerechte Entlohnung aller seiner Betriebsangehörigen ausreicht, um deren – nach Maßgabe „sozialer Menschenrechte“ angemessenen – Lebensunterhalt zu sichern. Eine „Sozialordnung“, die öffentlich finanzierte Sozialleistungen vorsieht, **entlastet** das Unternehmen von dieser Verantwortung, **verpflichtet** es aber zugleich, die in einer solchen Ordnung festgeschriebenen Standards für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse einzuhalten. Sofern diese Standards arbeitsrechtlich normiert worden sind, steht das Unternehmen auch unter einem rechtlichen Zwang, sie zu befolgen.

Ein im Wettbewerb stehendes Unternehmen wird auch von der moralischen Verantwortung entlastet, im Alleingang aufwendige Investitionen zur Verringerung der Schadstoffemission seiner Produktionsanlagen vorzunehmen. Seine Wettbewerbsfähigkeit und seine Existenz mit den damit verbundenen Einkommensmöglichkeiten der Beschäftigten wären durch diese Maßnahme möglicherweise in Frage gestellt. Verbindlich vorgeschriebene Emissionsgrenzen, deren Einhaltung bei allen Wettbewerbern durchgesetzt wird, entlastet jedes dieser Unternehmen von einer individuelleethischen Verantwortung. Dies ist der Fall einer institutionenethischen **Lösung des Dilemma-Problems**, die im Zentrum der von Homann ins Gespräch gebrachten „Moralökonomie“ steht.⁸⁹

In allen diesen Fällen werden die Handlungssubjekte von einer moralischen Überforderung entlastet, zugleich aber auch in Pflicht genommen zur Einhaltung von Regeln, ohne die eine solche Entlastung nicht sinnvoll konzipiert werden kann. Nicht in jedem Fall sind allerdings die mit einer Entlastung verbundenen Pflichten durch formale Regeln festgeschrieben. Anstandspflichten, elementare Regeln der Rücksichtnahme auf andere, Selbstverpflichtungen zur Wahrhaftigkeit – dies alles fällt in den Bereich einer **individualethischen Verantwortung**, von der niemand durch eine Rahmenordnung entlastet werden kann.

Ein Problem kann allerdings darin bestehen, dass die Entlastungsfunktion der Rahmenordnung überdehnt wird. Die *Legalität* eines Marktes wird dann missverstanden als *hinreichende* Garantie dafür, dass jede Handlung auf dem Markt auch *legitim* ist, sofern nicht formale Rechtsnormen dagegen sprechen.⁹⁰ Jede Skrupellosigkeit, die sich hart an der Grenze des rechtlich Zulässigen bewegt, gilt in diesem Fall als unbedenklich. Der Freiraum für ein individuelles Verhalten, für den die Rahmenordnung keine Regeln vorsieht, wird zum Alibi für die eigene Unmoral. Es lässt sich nicht übersehen, dass der wirtschaftsethische Ansatz der „Moralökonomie“ dieses Problem weitgehend verdrängt.

Die Rahmenordnung enthält nicht nur Regeln, deren Funktion komplementär zu einer moralischen Entlastung der einzelwirtschaftlichen Akteure zu sehen sind. Viele ihrer Regeln verpflichten die Akteure auch unabhängig von dieser Entlastungsfunktion. So ergeben sich beispielsweise aus der „*Finanzordnung*“ bestimmte finanzielle Pflichten zur Bereitstellung öffentlicher Güter; die „*Sozialordnung*“ enthält Verpflichtungen, die der Umsetzung sozialer Menschenrechte dienen; die Normen einer „*Umweltordnung*“ sind dem Ziel einer ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet. Eine „*Rahmenordnung*“ für die Vielzahl innergesellschaftlicher Interaktionen⁹¹ bietet also einerseits **Freiräume** für ein

⁸⁹ Homann/Blome-Drees, 1992; Homann 1997/2002; 2014.

⁹⁰ Die von Falk/Szech (2013) durchgeführten Experimente illustrieren diesen Fall, siehe Fn. 41.

⁹¹ Auf die Herausforderungen einer *inter*-gesellschaftlichen Rahmenordnung soll hier nicht eingegangen werden. Der Verfasser hat sich dazu geäußert in: Sautter, 2004; 2017 Kap.10.

selbstbestimmtes Handeln der einzelnen Akteure, und sie nimmt andererseits diese Akteure in **Pflicht** für die Einhaltung der unterschiedlichen Interaktionsregeln, die in diesem „Rahmen“ enthalten sind.

Für die Etablierung einer solchen Ordnung sind die Mitglieder einer Gesellschaft selbst verantwortlich. Damit wird ein **dritter Gedankengang** angesprochen. Grundsätzlich lässt sich „Verantwortung“ definieren als *„das Entstehen eines Akteurs für die Folgen seiner Handlung in Relation zu einer geltenden Norm“*.⁹² In dieser Definition sind die Elemente eines „dreistelligen“ Verantwortungsbegriffs enthalten: das Subjekt einer Handlung, das Objekt (die Handlung selbst und ihre Folgen), sowie die Normen, vor denen eine Handlung und deren Folgen zu rechtfertigen sind.⁹³ „Subjekt“ einer Handlung können sowohl Individuen als auch Kollektive sein wie z. B. Unternehmen, Unternehmensverbände, Parteien, Nichtregierungsorganisationen usw., wobei die Zuschreibung von Verantwortung an solche Kollektive und an ihre individuellen Mitglieder von der Organisationsstruktur dieser Kollektive abhängt.⁹⁴ Aus den zugrundeliegenden ethischen und rechtlichen Normen lässt sich eine Handlungspflicht herleiten, und diese Normen sind auch heranzuziehen, wenn geklärt werden soll, ob die Folgen einer Handlung dem entsprechenden Subjekt zurechenbar sind.

Um von einer moralischen Handlungspflicht und von einer Zurechenbarkeit der Folgen sprechen zu können, müssen einige **Voraussetzungen** erfüllt sein, die sich bis auf Aristoteles zurückverfolgen lassen. Dazu gehören die *Handlungsfähigkeit* des Handlungssubjekts, die *Freiwilligkeit* und *Intentionalität* des Handelns, sowie die *Kausalität* der Handlungsfolgen. „Verantwortlich“ kann ein Akteur nur für eine Handlung sein, zu der er prinzipiell in der Lage ist, über die er selbst entscheiden und die er ohne äußeren Zwang ausführen kann. Des Weiteren wird vorausgesetzt, dass ein Subjekt die Intention hat, eine bestimmte Handlung auszuüben oder sie zu unterlassen, und mit dieser Handlung einen bestimmten Zweck auszuüben. Dafür muss es wissen, mit welchen voraussehbaren Folgen seiner Handlung oder deren Unterlassung zu rechnen ist. Ein Nicht-Wissen schützt nicht vor der Zuschreibung von Verantwortung, wenn es möglich gewesen wäre, sich das relevante Handlungs- und Normenwissen ohne unzumutbare Kosten anzueignen. Ebenso wenig schützen ungewisse Folgen einer Handlung nicht vor einer Verantwortungszuschreibung, wenn es ohne unzumutbare Nachteile möglich gewesen wäre, auf diese Handlung zu verzichten.⁹⁵ Eine Kausalität muss insofern vorliegen, als ein Handlungssubjekt prinzipiell in der Lage sein muss, mit seiner Handlung einen bestimmten Sachverhalt zu bewirken, und Grund zu der Annahme besteht, dass dieser Sachverhalt kausal mit der betreffenden Handlung zusammenhängt.⁹⁶

Diese akteursbezogenen Voraussetzungen dafür, dass von „Verantwortung“ gesprochen werden kann, sind im Blick auf eine Ordnungsverantwortung zu ergänzen. „Verantwortlich“ für die ethisch vorzugswürdige (Mit-)Gestaltung von Ordnungsregeln für ein soziales Interaktionssystem sind Akteure vor allem dann, wenn sie diesem System „angehören“. In

⁹² Heidbrink, 2017, S. 5.

⁹³ Einen fünfstelligen Verantwortungsbegriff verwendet Loh (2017): Sie spricht vom Subjekt, Objekt, den Adressaten, einer normativen Instanz und den normativen Kriterien der Verantwortung.

⁹⁴ Zur Verantwortung kollektiver Akteure siehe: Isaacs (2017), Bratu (2017), zur Verantwortung von Unternehmen siehe: Neuhäuser (2011). Nida-Rümelin (2011) meint, es gebe keine „kollektive“ und keine „genuin korporative Verantwortung“ (S. 130), wohl aber eine Verantwortung für „kooperatives Handeln“ (S. 137).

⁹⁵ Heidbrink, 2017, S. 9, S. 16.

⁹⁶ Neumaier, 2008, S. 72 und S. 79.

Anlehnung an Iris M. Young, die diesen Gedanken im Blick auf Fragen einer internationalen Gerechtigkeit entwickelt hat, kann von einer „**social connection**“ gesprochen werden, die sich daraus ergibt, dass Akteure an strukturelle Prozessen partizipieren, die für ein soziales System kennzeichnend sind. Die daraus entstehende Verantwortung „*derives from belonging together with others in a system of interdependent processes of cooperation and competition through which we seek benefits and aim to realize projects.*“⁹⁷ Eine ordnungspolitische Verantwortung kann allerdings nicht auf die „*connection*“ mit gegenwärtig bestehenden sozialen Systemen beschränkt sein. Sie erstreckt sich ebenso auf künftige soziale Systeme; auch die Grundsätze der „Nachhaltigkeit“ bedürfen einer Institutionalisierung.

Es wurde bereits erwähnt, worin letztlich die normativen Kriterien für ein verantwortliches Handeln zu sehen sind: Es sind die ethischen und rechtlichen Werte und Normen, die in der „*Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*“ und in den sie konkretisierenden völkerrechtlichen Verträgen und Konventionen enthalten sind. „Verantwortlich“ handeln also die regelsetzenden Akteure, wenn sie sich von diesen Werten und Normen zur Gestaltung einer Rahmenordnung herausfordern lassen.⁹⁸ Es geht also zunächst um die *Intentionen* der Handlungssubjekte im Sinne eines „**zweistelligen**“ **Verantwortungsbegriffs**:

⁹⁹ Die Subjekte sind verantwortlich gegenüber einem normativen „Sollen“ - ohne dass zunächst die Adressaten (Betroffenen, Begünstigten) einer verantwortlichen Handlung angesprochen werden. Sie sind herausgefordert, sich von bestimmten Sollens-Vorschriften motivieren zu lassen, die Intentionen ihres Handelns also in einem moralischen Sinne zu qualifizieren. Wenn man einen weiten Interessenbegriff zugrunde legt, kann man sagen: Sie sind dafür verantwortlich, die Befolgung bestimmter Sollens-Vorschriften in den Katalog ihrer eigenen Interessen aufnehmen, oder anders formuliert: sich selbst über den Inhalt ihrer Eigeninteressen „aufklären“. Ein Widerspruch zu einer interessenbasierten Ethik ergibt sich nur dann, wenn der Interessenbegriff solipsistisch definiert wird. „Unverantwortlich“ ist dann ein Handeln, das sich durch ein Beharren auf egozentrisch definierte Eigeninteressen *nicht* zur Befolgung der erwähnten Sollens-Vorschriften motivieren lässt, und deshalb eine ethisch gebotene Regelsetzung unterlässt. Die zentralen Aussagen im Ordnungsentwurf der „*Ordonomik*“ laufen auf eine „Unverantwortlichkeit“ in diesem Sinne hinaus.¹⁰⁰

Eine basale regelsetzende Handlung aus einer ethisch motivierten Intention heraus besteht darin, das institutionelle Gefüge einer **rechtsstaatlichen Demokratie** zu etablieren. Damit verschaffen sich die regelsetzenden Akteure die *Fähigkeit*¹⁰¹ zur *freiwilligen* Ausgestaltung

⁹⁷ Young, 2006, S. 119,

⁹⁸ Zur Verantwortung der Staatsbürger für eine an den „Menschenrechten“ orientierte Ordnung, die sie ermächtigt und zugleich in Pflicht nimmt, siehe: Hirsch, 2017.

⁹⁹ Nida-Rümelin, 2011, S. 24.

¹⁰⁰ In ihrer Abgrenzung zur Diskursethik betonen Beckmann/Pies (2008, S. 51 f., Fn. 13), dass der Ansatz der „*Ordonomik*“ keinen „*Pflichtgrund*“ anerkennt, aus dem „*Pflichten im Sollensparadigma abgeleitet werden*“ können. Der einer „*Aufklärungsverantwortung*“ zugeordnete Diskurs wird vielmehr als „*Instanz*“ vorgestellt, „*in der besonders kostengünstig Probleme gelöst werden können, indem man sich über wünschenswerte Anreizänderungen verständigt*“. Es geht also um „*pragmatische*“ (kostengünstige) Lösungen für die Verwirklichung von Interessen, deren ethische Legitimität nicht zum Thema eines Diskurses gemacht wird. Auch die interaktionsökonomische Rekonstruktion von „Verantwortlichkeit“ bei Heiß (2011) sieht keine Reflexion individueller Interessen aus der Perspektive ethischer Werte vor.

¹⁰¹ Mit der Errichtung des Ordnungsrahmens einer rechtsstaatlichen Demokratie ermächtigen sich die regelsetzenden Akteure selbst zu einem moralisch vorzugswürdigen Handeln. Diese „Selbstermächtigung“ liegt in ihrem eigenen „Interesse“, wobei Waldron (1987, S. 209) diesem Interesse einen *verpflichtenden* Charakter zuschreibt (ein unmöglicher Gedanke für die Anhänger einer interessenbasierten Ethik): „*Each person has a legitimate and indeed morally imperative interest in the conditions that make it* (nämlich das moralische

problemspezifischer Regelsysteme, also beispielsweise zur Errichtung einer Wettbewerbs-, Finanz-, Sozial- und Umweltordnung. Alle an einer Regelbildung beteiligten Akteure im vorpolitischen und im politischen Raum sind zu einer ethischen Qualifizierung ihrer Interessen, d. h. zur Verfolgung ihrer „aufgeklärten“ Eigeninteressen herausgefordert. Welches ethische Profil sich dann im Meinungsstreit der zahlreichen Akteure durchsetzt, hängt im Wesentlichen davon ab, wie dieser „Streit“ organisiert wird. Er kann in Annäherung an das Ideal eines Diskurses organisiert sein, in dem nichts anderes zählt, als der „*eigentlich zwanglose Zwang des besseren Arguments*“.¹⁰² Im anderen Extremfall ist es eine Auseinandersetzung, bei der die ethisch unreflektierten Interessen der durchsetzungsstärksten Lobbys zur Geltung kommen.¹⁰³

Wie kommt also die Rahmenordnung nicht zu „irgendeiner“, sondern zu einer Moral, die an den Werten der „*Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*“ orientiert ist? Durch **regelsetzende Akteure**, die sich durch diese Werte herausfordern und motivieren lassen und die die zivilgesellschaftlichen sowie politischen Möglichkeiten nutzen, die ihnen eine – ebenfalls an diesen Werten orientierte – rechtsstaatliche Demokratie bietet. Ohne entsprechende **Intentionen** dieser Akteure ist keine ethisch vorzugswürdige Rahmenordnung zu erwarten. Regelsysteme entstehen nicht von selbst; „*Systeme handeln nicht*“.¹⁰⁴ Gerade dort, wo es sich um Prozesse einer „spontanen“ Regelbildung im Sinne Hayeks handelt, wo also gegenseitige Nachahmungen eine Rolle spielen, geht es um Intentionen. Ein ethisch verantwortliches Handeln kann ebenso nachgeahmt werden wie eine individuelle Skrupellosigkeit bei der Ausschöpfung aller Freiheitsgrade, die die Rahmenordnung bietet. Das *informelle* Regelwerk einer „spontan“ generierten Ordnung ist das Spiegelbild der massenhaften, durch gegenseitige Anregung und Imitation verbreiteten Intentionen.

Ein intentionales Handeln spielt selbstverständlich auch bei der Generierung *formeller* Handlungsregeln eine Rolle. Ohne entsprechende Absichten kommt keine Sozialgesetzgebung, kein Kartellgesetz, keine Begrenzung wohlstandsmindernder Externalitäten usw. zustande. Dass dabei immer auch politische und wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen, versteht sich von selbst. Aber es kommt darauf an, ob diese Interessen „**aufgeklärt**“ sind, und zwar nicht nur im Sinne ihrer subjektbezogenen Widerspruchsfreiheit, sondern auch im Blick auf ihre **Kompatibilität mit ethischen Werten**, die dem subjektiven Interessenkalkül *vorgegeben* sind, und mit denen die Vereinbarkeit der eigenen Interessen mit den Interessen anderer hergestellt werden soll (auch mit den Interessen derjenigen, die nicht als Partner einer regelschaffenden Kooperation – wie sie die „*Ordonomik*“ modelliert – infrage kommen; die Angehörigen künftiger Generationen nehmen typischerweise nicht an einer kooperativen Regelsetzung teil).

Probleme können aus der ungeklärten **Kausalität** der Handlungsfolgen entstehen. In modernen Gesellschaften verlieren sich die Folgen der eigenen Handlung im undurchschaubaren Interaktionsgeflecht eines „Systems“. Nur in den seltensten Fällen kann ein Sachverhalt, also eine bestimmte Handlungsregel, einem Handlungssubjekt kausal zugerechnet werden (wie überhaupt der Kausalitätsbegriff außerordentlich

Handeln) *possible for him*“. Siehe auch Waldron, 2013. Zu den Menschenrechten als einer Voraussetzung für moralisches Handeln siehe auch Gewirth, 1982, S. 6.

¹⁰² Habermas, 1971, S. 137.

¹⁰³ Gegen diese Entstehung einer Rahmenordnung scheint Homann zumindest keine Einwände zu haben (siehe Fn. 10).

¹⁰⁴ Herms, 2004, S. 140.

klärungsbedürftig ist). Will man nicht einer „*organisierten Unverantwortlichkeit*“ Vorschub leisten und dadurch sehr unbefriedigende Ergebnisse systemischer Prozesse in Kauf nehmen, so muss geklärt werden, wie eine Zuschreibung von Verantwortung innerhalb einzelner systemischer Prozesse möglich ist. In diesem Zusammenhang kann beispielsweise das Wissen über die Struktur systemischer Prozesse erweitert werden (wie etwa über die Struktur arbeitsteiliger Prozesse in bestimmten Industriesektoren); man kann die Risiken identifizieren, die mit diesen Prozessen verbunden sind (z. B. die Umweltrisiken in der chemischen Industrie); es können Haftungsregeln konzipiert und Verhaltenskodizes vereinbart werden – um nur einige der Möglichkeiten einer verantwortlichen Systemsteuerung zu nennen.¹⁰⁵ Entscheidungsprozesse werden dabei personalisiert, „*während Personen verantwortlich handeln, indem sie Verantwortung an Systeme delegieren*“.¹⁰⁶ Auf diese Weise kann einer „*universalisierten Verantwortung*“ – also der Überdehnung des Verantwortungsbegriffs – ebenso begegnet werden wie einer „*organisierten Unverantwortlichkeit*“.¹⁰⁷ Auch für nicht-intendierte Handlungsfolgen lassen sich durch eine Systemsteuerung dieser Art Verantwortlichkeiten festlegen.¹⁰⁸

Nichts führt bei allen diesen Fragen an den **Intentionen** der systemischen Akteure vorbei. Sie zum Thema einer Reflexion zu machen, ist unerlässlich, wenn man *ethisch* und nicht *systemtheoretisch* argumentieren will.¹⁰⁹ Von den Absichten der gesellschaftlichen Akteure hängt es ab, ob sie sich von Werten und Normen *affizieren* lassen, die sie nicht selbst geschaffen haben, und ob sie dadurch bereit sind, eine „zweistellige“ moralische Verantwortung zu übernehmen.¹¹⁰ Mit anderen Worten: Es kommt darauf an, ob sie bereit sind, sich selbst im Licht solcher Werte und Normen über den Inhalt ihrer Eigeninteressen „aufzuklären“. Objektive Werte dieser Art sind im Katalog der „*Allgemeinen Menschenrechte*“ enthalten, und deren Konkretisierung durch multilaterale Verträge hat diese Werte in völkerrechtliche Normen umgegossen. Indem sich individuelle und kollektive Akteure von diesen Werten und Normen zur Generierung rechtsstaatlich-demokratischer Institutionen herausfordern lassen, verschaffen sie sich selbst die Möglichkeit zur Errichtung einer Rahmenordnung für die zahlreichen systemischen Prozesse einer Gesellschaft, also auch einer Rahmenordnung für das Subsystem „Wirtschaft“. Ethisch vorzugswürdig wird sie sein, wenn sie der in den „Menschenrechten“ zum Ausdruck gebrachten „Würde“ des Menschen Geltung verschafft. Das wird durch Institutionen (Regelsysteme) erreicht, die einerseits die einzelwirtschaftlichen Akteure von einer moralischen Verantwortung für ihr Handeln und dessen Folgen entlasten, und sie andererseits zur Einhaltung von Regeln verpflichten, ohne die eine solche Entlastung nicht sinnvoll konzipiert werden kann. Sowohl im Blick auf eine sinnvolle Delegation von Verantwortung an Regelsysteme, als auch bei der Respektierung der so geschaffenen Regeln, geht es um die Intentionalität der gesellschaftlichen Akteure. Ohne deren Bereitschaft zu einer *regelschaffenden* und *regelbefolgenden* Verantwortung kann es keine ethisch vorzugswürdige Rahmenordnung geben. Informale, individualethisch begründete und durch sozialen Konsens verstärkte Regeln, stehen dabei in einem komplementären Verhältnis zu formalen Regeln, die vertraglich vereinbart oder durch Gesetzeskraft sanktioniert sind.

¹⁰⁵ Ausführlicher dazu: Heidbrink, 2012; 2017, S. 19 ff.; Wilhelms, 2017.

¹⁰⁶ Heidbrink, 2017, S. 22.

¹⁰⁷ Heidbrink, 2003, S. 37.

¹⁰⁸ Heidbrink, 2017, S. 6 f.

¹⁰⁹ Der Systemtheoretiker Luhmann hatte bekanntlich Schwierigkeiten, die Frage nach der Moral systemischer Akteure überhaupt zu verstehen; Luhmann, 1993, S. 134.

¹¹⁰ Siehe oben Fn. 99.

4. Fazit

Zu Beginn wurde Walter Eucken zitiert: Eine „Wettbewerbsordnung“, wie er sie sich vorstellt, kommt umso eher zustande, als „*es Menschen gibt, welche an das Gesamtinteresse denken*“.¹¹¹ Ihr unmittelbares Eigeninteresse reicht dafür nach Euckens Worten nicht aus. Es muss auf seine Kompatibilität mit einem „Gesamtinteresse“ hin geprüft und in diesem Sinne „aufgeklärt“ werden. Diese „**Aufklärung**“ kann sich, wenn der Begriff ernst genommen wird, nicht nur auf die *Methoden* zur bestmöglichen Verwirklichung *gegebener* Eigeninteressen beziehen. Sie muss auch deren **Inhalt** einbeziehen, was die Möglichkeit einschließt, diese Interessen zu verändern. Nicht anders sind die von Eucken und anderen Autoren formulierten Grundgedanken des „Ordoliberalismus“ zu verstehen. Der von ihnen geteilte Wertehorizont, der unverkennbar von der christlichen Tradition geprägt war,¹¹² lässt sich verallgemeinern. Die dafür geeigneten Orientierungspunkte sind in der „*Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*“ sowie in zahlreichen internationalen Vereinbarungen enthalten, mit denen die Werte und Normen dieser Erklärung präzisiert worden sind.

Ausgehend von dieser normativen Basis kann man sagen, dass eine ethisch vorzugswürdige Rahmenordnung dann zustande kommt, wenn sich die regelsetzenden Akteure von den Werten und Normen, die der „**Menschenrechtserklärung**“ zugrunde liegen, motivieren lassen. Die „Moral“ einer so geschaffenen Ordnung besteht in der Förderung ethischer legitimer und in der negativen Sanktionierung ethisch illegitimer Handlungen, jeweils gemessen an den normativen Kriterien „*Allgemeiner Menschenrechte*“. Ohne dass eine solche Ordnung „gewollt“ wird, kommt sie nicht zustande. Vorzugswürdige Handlungsregeln sind typischerweise das Ergebnis eines intentionalen, ethisch verantwortlichen Handelns.

Verantwortungslos im wahrsten Sinne des Wortes ist demgegenüber ein Handeln, das eine moralisch akzeptable Rahmenordnung von einem teleologischen Prozess erwartet, der das Potential besitzt, auch die unmoralischsten ordnungspolitischen Motive in ethisch vorzugswürdige Regelsysteme zu transformieren. Es gibt keine „unsichtbare Hand“, die dies bewirken könnte; moralisch akzeptable Ordnungsregeln sind nicht das *nicht-intendierte Ergebnis* eines Handelns, dem ethisch fragwürdige Intentionen zugrunde liegen. Man wird auch nicht erwarten können, dass akzeptable Handlungsregeln aus dem Machtkalkül politischer Akteure entstehen, wenn die Interessen dieser Akteure ethisch „unaufgeklärt“ sind. Das übersieht eine interaktionsökonomische Erklärung ordnungspolitischer Prozesse, die meint, die Moral einer Ordnung aus dem solipsistischen Interessenkalkül gesellschaftlicher Akteure rekonstruieren zu können. „Aufklärung“ wird in diesem Programm auf die Schärfung einer instrumentellen (im Wesentlichen ökonomischen) Klugheit beschränkt. Eine „lebenskluge“ Aufklärung über normativ gerechtfertigte Handlungsziele ist dabei nicht vorgesehen.

Es bleibt dabei: Die „**Moral**“ der Rahmenordnung ist das **Spiegelbild der Moralität** regelsetzender Akteure. Aus „aufgeklärten“, normativ reflektierten Intentionen können – wenn überhaupt – ethisch akzeptable Handlungsregeln erwartet werden. Anders wohl kaum.

Literatur

¹¹¹ Eucken, 1952, S. 368.

¹¹² Siehe dazu: Goldschmidt 2009; Holthaus, 2015; Franco, 2017.

Beckmann, Markus; Pies, Ingo (2008): Ordnungs-, Steuerungs- und Aufklärungsverantwortung – Konzeptionelle Überlegungen zugunsten einer semantischen Innovation, in: Ludger Heidbrink, Alfred Hirsch (Hrsg.): Verantwortung als marktwirtschaftliches Prinzip, Frankfurt/M., New York, Campus Verlag, S. 31-67

Bratu, Christine (2017): Korporative und kooperative Verantwortung, in: Ludger Heidbrink, Claus Langbehn, Janina Loh (Hrsg.): Handbuch Verantwortung, Wiesbaden, Springer Fachmedien, S. 477-499.

Brennan, Geoffrey; Buchanan, James M. (1993): Die Begründung von Regeln. Konstitutionelle Politische Ökonomie. Übersetzt von Monika Vanberg mit einer Einleitung herausgegeben von Christian Watrin, Tübingen, J.C.B.Mohr (Paul Siebeck) (Original: The Reason of Rules. Constitutional political economy, Cambridge University Press 1985).

Buchanan, James M. (1977): Freedom in Constitutional Contract, Perspectives of a Political Economicist, College Station, London, Texas A & M University Press.

Ders. (1984): Die Grenzen der Freiheit. Zwischen Anarchie und Leviathan, Tübingen, J.C.B.Mohr (Paul Siebeck); Original: The Limits of Liberty. Between Anarchy and Leviathan, Chicago/London 1975, University of Chicago Press.

Buchanan, James M.; Congleton, Roger D. (1998): Politics by principle, not interest. Toward nondiscriminatory democracy. Cambridge usw., Cambridge University Press.

Buchanan, James M.; Tullock, Gordon (1965): The Calculus of Consent. Logical Foundations of Constitutional Democracy, Ann Arbor, Ann Arbor Paperback; University of Michigan.

Campbell, Tom (2013): Human rights: moral or legal? in: David Kinley; Wojciech Sadurski; Kevin Walton (Eds): Human Rights. Old Problems, New Possibilities, Cheltenham UK, Northampton MA, Edward Elgar, S. 1-26.

Eriksson, Ralf; Andersson, Jan Otto (2010): Elements of Ecological Economics; London, New York, Routledge.

Ernst, Gerhard (2010): Universelle Menschenrechte und moralische Vielfalt, in: Gerhard Ernst; Stephan Sellmaier (Hrsg.): Universelle Menschenrechte und partikuläre Moral, Stuttgart, Verlag W. Kohlhammer, S. 97-114.

Eucken, Walter (1952): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, hrsg. von Edith Eucken und K. Paul Hensel, Bern, Tübingen; A. Francke AG. Verlag, Mohr Siebeck.

Falk, Armin; Szech, Nora (2013): Morals and Markets, in: Science, Vol. 340, S. 707-711.

Franco, Giuseppe (2017): Glaube und Wirtschaft. Zur normativen Bedeutung des Ordo-Begriffs bei Walter Eucken, in: Journal for Markets and Ethics/ Zeitschrift für Marktwirtschaft und Ethik, Vol. 5(1), S. 23-38.

Gauthier, David (1987): Morals by Agreement, Oxford, Clarendon Press.

Gauthier, David; Sugden, Robert (Eds.) (1993): Rationality, Justice and the Social Contract, New York, u. a., Harvester Wheatsheaf

Gesang, Bernward (2003): Eine Verteidigung des Utilitarismus, Stuttgart, Reclam.

Ders. (2016): Wirtschaftsethik und Menschenrechte, Tübingen, Mohr Siebeck.

Gewirth, Alan (1982): Human Rights: Essays on Justification and Applications, Chicago usw., University of Chicago Press.

Ders. (1996): The Community of Rights, Chicago, University of Chicago Press

Goergen, Klaus (2009): Das moralische Urteil – ein egalitäres Modell, in: ZDPE (Zeitschrift für Didaktik der Philosophie und Ethik) 3/2009, S. 170-181.

Goldschmidt, Nils (2009): Die Geburt der Sozialen Marktwirtschaft aus dem Geiste der Religion - Walter Eucken und das soziale Anliegen des Neoliberalismus, in: Michael S. Aßländer, Peter Ulrich (Hrsg.): 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft, Bern usw., Haupt Verlag S. 27-44.

Goodin, Robert E. (1993): Equal rationality and initial endowments, in: David Gauthier, Robert Sugden (Eds.): Rationality, Justice and the Social Contract, New York u. a., Harvester Wheatsheaf, S. 116-130.

Gosepath, Stefan (1992): Aufgeklärtes Eigeninteresse. Eine Theorie theoretischer und praktischer Rationalität, Frankfurt/M, Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1971): Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz, in: Habermas, Jürgen; Luhmann, Niklas: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Was leistet die Systemforschung? Frankfurt/M., Suhrkamp, S. 101-141.

Häusel, Hans-Georg (2010): Think Limbic! 4. aktualisierte Auflage, Freiburg u. a., Haufe Meidengruppe.

Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven, Eggenkamp Verlag.

Hayek, F. A. von (1969): Die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs, in: Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze von F. A. von Hayek, Tübingen, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 19-29.

Ders. (1980): Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 1: Regeln und Ordnung, München, Verlag Moderne Industrie; Bd. 2: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit, Landsberg am Lech.

Ders. (1983): Die Verfassung der Freiheit, Tübingen, Mohr Siebeck

Heckhausen, J.; Heckhausen H. (2010): Motivation und Handeln: Einführung und Überblick, in: Jutta Heckhausen, Heinz Heckhausen (Hrsg.): Motivation und Handeln, Berlin und Heidelberg, Springer, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage, S. 1-9

Heidbrink, Ludger (2003): Kritik der Verantwortung. Zu den Grenzen verantwortliches Handeln in komplexen Kontexten, Weilerswist, Velbrück Wissenschaft.

Ders. (2012): Unternehmen als politische Akteure. Eine Ortsbestimmung zwischen Ordnungsverantwortung und Systemverantwortung, In: ORDO, Bd. 63, S. 203-232.

Ders. (2017): Definitionen und Voraussetzungen der Verantwortung, in: Ludger Heidbrink, Claus Langbehn, Janina Loh (Hrsg.): Handbuch Verantwortung, Wiesbaden, Springer, S. 3-33.

Heiß, Dominik (2011): Verantwortung in der modernen Gesellschaft, Freiburg, Verlag Karl Alber.

Hirsch, Alfred (2017): Verantwortung und Menschenrechte, in: Ludger Heidbrink, Claus Langbehn, Janina Loh (Hrsg.): Handbuch Verantwortung, Wiesbaden, Springer, S. 807-829.

Hermes, Eilert (2004): Die Wirtschaft des Menschen. Beiträge zur Wirtschaftsethik, Tübingen, Mohr Siebeck.

Hobbes, Thomas (1651/2011): Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates, Teil I und II, aus dem Englischen übersetzt von Walter Euchner, Berlin, Suhrkamp.

Hoerster, Norbert (2003): Ethik und Interesse, Stuttgart, Reclam.

Hollis, Martin (1993): The agriculture of the mind, in: David Gauthier, Robert Sugden (Eds.): Rationality, Justice and the Social Contract, New u. a., Harvester Wheatsheaf, S. 40-52.

Holthaus, Stephan (2015): Zwischen Gewissen und Gewinn – Die Wirtschafts- und Sozialordnung der „Freiburger Denkschrift“ und die Anfänge der Sozialen Marktwirtschaft, Berlin, Lit-Verlag.

Homann, Karl (1997/2002): Die Bedeutung von Anreizen in der Ethik, in: Homann, Karl; Vorteile und Anreize, Hrsg. Lütge, Christoph, J.C.B.Mohr, Tübingen.

Ders. (2006): Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in der Globalisierten Welt: Handlungsverantwortung – Ordnungsverantwortung – Diskurs-Verantwortung. Diskussionspapier Nr. 2006-1 des Wittenberg-Zentrums für globale Ethik.

Ders. (2014): Sollen und Können. Grenzen und Bedingungen der Individualmoral, Wien, ibera/european university press.

Homann, Karl; Blome-Drees, Franz (1992): Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht

Horster, Detlef (2009): Ethik. Grundwissen Philosophie, Stuttgart, Philipp Reclam jun.

Isaacs, Tracy (2017): Kollektive Verantwortung, in: Ludger Heidbrink, Claus Langbehn, Janina Loh (Hrsg.): Handbuch Verantwortung, Wiesbaden, Springer Fachmedien, S. 453-475.

Joas, Hans (1997): Die Entstehung der Werte, Frankfurt/M., Suhrkamp Verlag.

Joas, Hans (2011): Die Sakralität der Person. Eine neue Genealogie der Menschenrechte, Berlin, Suhrkamp Verlag.

Kahneman, Daniel (2012): Schnelles Denken, langsames Denken; München, Siedler Verlag (Original: Thinking fast and slow, 2011, New York).

Kant, Immanuel (1796/1964): Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Immanuel Kant, Werke in Sechs Bänden, Hrsg. von Wilhelm Weischedel, Band VI, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 193-251.

Koller, Peter (1987): Neue Theorien des Sozialkontrakts, Berlin, Duncker & Humblot.

Leipold, Helmut (2006): Kulturvergleichende Institutionenökonomik, Stuttgart, Lucius & Lucius.

Loh, Janina (2017): Strukturen und Relata der Verantwortung, in: Ludger Heidbrink, Claus Langbehn, Janina Loh (Hrsg.): Handbuch Verantwortung, Wiesbaden, Springer, S. 35-56.

Lohmann, Georg (2010): Kulturelle Besonderung und Universalisierung der Menschenrechte, in: Gerhard Ernst; Stephan Sellmaier (Hrsg.): Universelle Menschenrechte und partikuläre Moral, Stuttgart, Verlag W. Kohlhammer, S. 33-47.

Luckner, Andreas (2005): Klugheit, Berlin, Walter De Gruyter.

- Luhmann, Niklas (1988): Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt/M., Suhrkamp.
- Ders. (1993): Wirtschaftsethik – als Ethik? In: Josef Wieland (Hrsg.): Wirtschaftsethik und Theorie der Gesellschaft, Frankfurt/M., Suhrkamp, S. 134-147.
- Lütge, Christoph (2012): Wirtschaftsethik ohne Illusionen, Tübingen, Mohr Siebeck.
- Mackie, John Leslie (1981): Ethik. Auf der Suche nach dem Richtigen und Falschen, Stuttgart, Reclam.
- Möllers, Christoph (2015): Die Möglichkeit der Normen: Über eine Praxis jenseits von Moralität und Kausalität, Berlin, Suhrkamp.
- Müller, Christian (2000): Das vertragstheoretische Argument in der Ökonomik, Berlin, Duncker & Humblot.
- Neuhäuser, Christian (2011): Unternehmen als moralische Akteure, Berlin, Suhrkamp.
- Neumaier, Otto (2008): Moralische Verantwortung. Beiträge zur Analyse eines ethischen Begriffs, Paderborn, Ferdinand Schöningh.
- Nida-Rümelin, Julian (2011): Verantwortung, Stuttgart, Reclam.
- Nietzsche, Friedrich (1882/1955): Die fröhliche Wissenschaft, Werke in drei Bänden, Hrsg. Karl Schlechta, Band 2, München, Karl Hanser Verlag.
- Nozick, Robert (1976): Anarchie, Staat, Utopia; München, Moderne Verlagsgesellschaft (Original: Anarchy, State, and Utopia, New York, 1974, Basic Books).
- Petersen, Thomas (1996): Individuelle Freiheit und allgemeiner Wille. Buchanans politische Ökonomie und die politische Philosophie, Tübingen, Mohr Siebeck.
- Pfordten, Dietmar v. d. (1996): Ökologische Ethik, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt.
- Pies, Ingo (2012): Wie kommt die Normativität ins Spiel? – Eine ordonomische Argumentationsskizze, in: Ingo Pies (Hrsg.): Regelkonsens statt Wertekonsens: Ordonomische Schriften zum politischen Liberalismus, Berlin, Wissenschaftlicher Verlag, S. 3-53.
- Ders. (2015): Die Ordnungsethik plädiert nicht für maßlose Gier, sondern für eine sorgsame Vermeidung intentionalistischer Fehlschlüsse, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (zfwu) 16/1, S. 76-80.
- Ders. (2015b): Der ordonomische Ansatz, in: Dominik van Aaken, Philipp Schreck (Hrsg.): Theorien der Wirtschafts- und Unternehmensethik, Berlin, Suhrkamp, S. 79-108.
- Ders. (2017): John Maurice Clark: An Early Classic of Ordo Responsibility, in: Michaela Haase (Ed.): Economic Responsibility. John Maurice Clark – A Classic on Economic Responsibility, Springer, S. 25-45.
- Pies, Ingo; Hielscher, Stefan (2012): Gründe versus Anreize? – Ein ordonomischer Werkstattbericht in sechs Thesen. Diskussionspapier Nr. 2012-8 des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Pufé, Iris (2012): Nachhaltigkeit; Konstanz, München, UVK Verlagsgesellschaft.
- Quante, Michael (2008): Einführung in die Allgemeine Ethik, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 3. Aufl.
- Rawls, John (1975/2006): Eine Theorie der Gerechtigkeit, übers. v. Hermann Vetter, 1. Aufl. (Nachdr.), Frankfurt/M., Suhrkamp.

Ders. (2003): Politischer Liberalismus, übers. Von Wilfried Hinsch, Frankfurt/M., Suhrkamp.

Ders. (2007): Gerechtigkeit als Fairness: Ein Neuentwurf, Hrsg. v. Erin Kelly, 1. Aufl. (Nachdr.), Frankfurt/M., Suhrkamp.

Rheinberg, F. (2010): Intrinsische Motivation und Flow-Erleben, in: Jutta Heckhausen, Heinz Heckhausen (Hrsg.) (2010): Motivation und Handeln, Berlin u. Heidelberg, Springer, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage, S. 365-387.

Riedel, Eibe H. (1986): Theorie der Menschenrechtsstandards, Berlin, Duncker & Humblot.

Sautter, Hermann (2000): Die internationale Sozialordnung: Notwendigkeit, Funktionsbedingungen und Ansätze einer Realisierung, in: Franz Nuscheler (Hrsg.): Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert, Bonn, Verlag J. J. W. Dietz Nachfolger, S. 397-426.

Ders. (2004): Weltwirtschaftsordnung, München, Verlag Vahlen.

Ders. (2015): Eine Steuerung der Menschheitsgeschichte als Antwort auf das Trilemma der Nachhaltigkeit? In: Elisabeth Gräß-Schmidt et al (Hrsg.): Leibhaftes Personsein. Festschrift für Eilert Herms zum 75. Geburtstag, Leipzig, Evangelische Verlagsanstalt, S. 325-336.

Ders. (2015a): Gier als wirtschaftsethisches Problem, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (zfwu), 16/1, S. 52-75.

Ders. (2015b): Wie entstehen ethisch vorzugswürdige Institutionen? in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (zfwu), 16/2, S. 178-181.

Ders. (2017): Verantwortlich wirtschaften. Marburg, Metropolis-Verlag.

Schaeffler, Richard (2017): Unbedingte Wahrheit und endliche Vernunft; Wiesbaden, Springer.

Schneider, Louis (1967): The Scottish Moralists on Human Nature and Society; Edited and with an Introduction by Louis Schneider, Chicago & London, University of Chicago Press.

Schwartz, Pedro (2006): Evolution and Emergence in Hayek's Social Philosophy, in: Ordo, Bd. 57, S. 6-17

Smith, Adam (1790/2010): Theorie der ethischen Gefühle. Auf der Grundlage der Übersetzung von Walther Eckstein neu herausgegeben von H. D. BRANDT, Hamburg, Felix Meiner Verlag.

Streissler, Erich W. (2005): Einführung, in: Smith, Adam (1776/2005): Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker, Hrsg. und eingeleitet von Erich W. Streissler, übersetzt von Monika Streissler, Tübingen, Mohr Siebeck, S. 1-31.

Sugden, Robert (1993): The contractarian enterprise, in: David Gauthier, Robert Sugden (Eds.): Rationality, Justice and the Social Contract, New York u.a., Harvester Wheatsheaf, S. 1-23.

Thiele, Leslie Paul (2013): Sustainability, Cambridge, Polity Press.

Vanberg, Viktor J. (2014): Darwinian Paradigm, Cultural Evolution and Human Purposes: On F. A. Hayek's Evolutionary View of the Market, in: Journal of Evolutionary Economics, Vol. 24 (1), S. 35-57.

Waldron, Jeremy (Ed.) (1987): 'Nonsense upon stilts': Bentham, Burke and Marx on the Rights of Man. With introductory and concluding essays by Jeremy Waldron, London, Methuen.

Ders. (2013): Democracy and human rights: good companions, in: David Kinley, Wojciech Sadurski, Kevin Walton (Eds.): Human Rights. Old Problems, New Possibilities, Cheltenham UK, Northampton MA, Edward Elgar, S. 145-169.

Ders. (2015): Dignity, Rank, and Rights, Oxford, New York, Oxford University Press.

Walker, Neil (2013): Universalism and Particularism in Human Rights: Trade-off or productive Tension? in: David Kinley; Wojciech Sadurski; Kevin Walton (Eds.): Human Rights. Old Problems, New Possibilities, Cheltenham UK, Northampton MA, Edward Elgar, S. 89-112.

Weale, Albert (1993): Justice, social union and the separateness of persons, in: David Gauthier, Robert Sugden (Eds.): Rationality, Justice and the Social Contract, New York, u. a , Harvester Wheatsheaf, S. 75-94.

Wilhelms, Günter (2017): Systemverantwortung, in: Ludger Heidbrink, Claus Langbehn, Janina Loh (Hrsg.): Handbuch Verantwortung, Wiesbaden, Springer Fachmedien, S. 501-524

Young, Iris Marion (2006): Responsibility and Global Justice: A Social Connection Model, in: Social Philosophy and Policy, Vol. 23 (1), S. 102-130.

Zintl, Reinhard (1983): Individualistische Theorien und die Ordnung der Gesellschaft, Berlin, Duncker & Humblot.